61. Mittwoch, den 13. März 1867. 61.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Wir bitten, Inserate nicht, wie so häufig geschieht, an die Redaktion, sondern an die Expedition zu adressiren.

Amtliches.

Berlin, 13. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Geheimen Kommerzienrath Baudoin zu Berlin den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; ferner dem in Frankfurt a. M. beschäftigten Ober-Postdirektor Meyer aus Trier den Charakter als Geheimer Postrath, mit dem Range eines Raths dritter Klasse, so wie dem Kommissionsrath und Buchdruckereibesitzer Litfaß hierselbst den Charakter als „Geheimer Kommissionsrath" zu verleihen.

Der Gerichtsassessor Förster zu Breslau, sowie der Gerichtsassessor Ursinus zu Bromberg sind bei ihrer Uebernahme zur Eisenbahnverwaltung zu Regierungsassessoren ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Magdeburg, 12. März, Nachmittags. Bei der Nachwahl zum Reichstage im Kreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt erhielt in der Stadt Neuhaldensleben von Forckenbeck 584, Nathusius 184 Stimmen, in der Stadt Wolmirstedt v. Forckenbeck 266, Nathusius 128, in den Dörfern Kolbitz, Rogätz und Ebendorf v. Forckenbeck 613, Nathusius 19. Im Ganzen sind mithin bis jetzt für v. Forckenbeck 1463, für Nathusius 331 Stimmen ermittelt. Die Resultate aus den übrigen Wahlorten sind noch nicht bekannt.

Wien, 12. März. Nachmittags. Die „Wiener Abendpost" meldet, daß demnächst eine kaiserliche Entschließung veröffentlicht werden wird, welche die für den 18. März bestimmte Einberufung des Reichsrathes auf kurze Zeit hinausschiebt, weil die inzwischen erfolgte Auflösung einiger Landtage die Nothwendigkeit dieser Maßregel herausgestellt hat.

Pest, 12. März, Nachmittags. Der Kaiser wurde am Bahnhofe von den Ministern, den Landtagsmitgliedern und einem zahlreichen Publikum empfangen und hielt seinen Einzug unter großem Jubel der Bevölkerung durch die festlich geschmückten Straßen.

Kopenhagen, 12. März Nachmitt. Nach hier eingetroffener Meldung aus London ist der Zustand der Prinzessin von Wales heute nicht mehr so besorgnißerregend wie gestern Abend. Die hohe Kranke leidet an starken rheumatischen Schmerzen. Wie in Hofkreisen berichtet wird, hat die Königin Viktoria an die königliche Familie geschrieben, daß die Prinzessin Alexandra ihre Eltern zu sehen wünsche, jedoch nicht ihres Gesundheitszustandes wegen.

Kopenhagen, 12. März Abends. Morgen wird dem Landsthing ein Gesetz bezüglich der Uebernahme der Regentschaft Seitens des Kronprinzen während der Reise des Königs nach London, vorgelegt werden.

Bukarest, 12. März. Die gestern gemeldete, von Golesco gebildete Ministerliste ist von dem Fürsten abermals nicht bestätigt worden.

Aus dem Reichstage.

Die Verhandlungen nehmen einen sehr erfreulichen Gang und die meisten der bisher gehaltenen Reden beweisen so sehr das Verlangen, auf der vereinbarten Grundlage den Verfassungsbau zu vollenden, daß die Herren Groote, Michelis, Rhode, Mallinckrodt und Münchhausen nur der Kurzweil wegen im Hause zu sein scheinen. Vor den Reden der beiden erstgenannten ist das Haus auch in Zukunft noch gar nicht sicher, wogegen der Abg. Rhode durch die Hinweisung auf seine Altersschwäche sich wohl des Weitern überhoben hat; Herr v. Münchhausen durch den Grafen Bismarck aber dermaßen heimgeschickt ist, daß eine dicke Haut dazu gehörte, noch einmal die alte Litanei zu singen, die überhaupt nicht in den Reichstag gehörte. Herr v. Münchhausen, der ja sonst die Nothwendigkeit eines Norddeutschen Bundes anerkannte und den Thatsachen Rechnung tragen zu wollen behauptete, hatte mit seiner Blumenlese aus der preußischen Verwaltung gewiß nur seinen hannöverschen Freunden eine kleine Satisfaktion bereiten wollen. Es ist aber vielleicht nicht seine Absicht gewesen, dem Grafen Bismarck blos Gelegenheit zu einer schlagenden Rechtfertigung der preußischen Politik zu geben und damit die Sache der Partikularisten im Hause auf einmal in ihrem wahren Lichte zu zeigen.

Was Herr v. Mallinckrodt vom ultramontanen Standpunkte noch vorbringen könnte, dürfte auch nur Wiederholung sein; er kann seine Sache getrost in die Hand des großen Historikers Dr. Michelis legen, des allezeit schlagfertigen Redners, den die allgemeine Heiterkeit des Hauses niemals irre macht. Die Rede des Abgeordneten Groote hat uns der Bericht ungebührlich verkürzt. Es ist zu bedauern, daß uns die Schlagworte dieses großen Volksmannes verloren gehen müssen. Wenn der Berichterstatter auch in der Folge so zurückhaltend bleibt, wird das deutsche Maulheldenthum ausschließlich durch die „Volkszeitung" vertreten sein. Dieses Blatt leistet indeß Unglaubliches.

Wir dürfen nur seinen heutigen Leitartikel ansehen, um eine überaus reichliche Auswahl von Schimpfereien gegen Alle, die nicht so denken, wie Herr Franz Dunker und sein Amanuensis, daraus zu entnehmen.

Die Ueberschrift ist: Das national-liberale Gerede, und dann geht es gleich an: „das bisherige Gerede aller sog. National-Liberalen ist das Papier nicht werth, worauf ihre Geistesmakulatur vor das Publikum gebracht wird." Geistesmakulatur: ein famoses Wort! Wie viel solcher Makulatur hat Herr Bernstein im Laufe eines Jahres zu Gunsten der Reichsverfassung schon geleistet, und jetzt hat sein Chef im Reichstage nicht einmal den Muth, einen Antrag auf Annahme der Reichstagsverfassung als Berathungsunterlage zu stellen. Ist das eine Niederlage, und Herr Bernstein soll nicht rabbiat sein und dem Gelichter die Wahrheit geigen, das keinen Sinn für seine Erleuchtung hat!

„Und all das macht Anspruch auf Logik und Menschenverstand — ruft er daher in gerechtem Staunen aus — und redet von praktischer Politik unter der allen Thatsachen Hohn sprechenden Phrase, ins Wasser zu springen, um sich vor dem Ertrinken zu retten.

„Aber, wendet er sich selbst ein, „diese Geistesverworrenheit ist ein denkwürdiges Merkmal unserer Tage". Blos die „Volks-Zeitung" und eine wenige andere Erwählte haben sich einen klaren Kopf erhalten und werden sich nicht in die Heerde der „schablonirten Köpfe" verwandeln lassen, die unter Vorbehalt der Leitung des Treibers folgt. Weise gethan, ihr Häupter der „Volkszeitung", es muß auch solche Käuze geben. Associirt Euch mit den Herren Groote und Michelis-Kempen und Ihr werdet wenigstens den Humor der Sache retten, wenn sie auch über Eure weisen Häupter hinwegschreitet. Ihr werdet Euch endlich allein finden, Euch gegenseitig die Hand drücken und des Bewußtseins freuen können, den „Rechenkünstlern" und „Thatsachenverehrern" kühn die Stirn geboten zu haben.

Deutschland.

Preußen. Ω Berlin, 12. März. [Das Normal-Militär-Budget in dem Norddeutschen Verfassungs-Entwurf.] Schon die ersten Verhandlungen des Norddeutschen Parlaments haben den Hauptpunkt des Streits in dem von Seiten der preußischen Regierung eingebrachten Verfassungsentwurf klar und bestimmt hervortreten lassen. Es wird sich im Wesentlichen um die Amendirung, Annahme oder Verwerfung der Bestimmung handeln, durch welche zeitweilig oder dauernd in der Verfassung des neuen Bundes ein Normal-Militär-Budget begründet werden soll. Als die beiden Hauptpunkte in der bisherigen Debatte dürfen dabei wohl die Reden des preußischen Minister-Präsidenten und des Abgeordneten Twesten betrachtet werden, denn in ihnen allein war ein thatsächliches Erbieten und Gegenerbieten enthalten. Wichtiger erscheint jedoch, daß diese gegenseitigen Erbieten sich begegnen. Wenn abgesehen von dem rethorischen Beiwerk in der Rede Twestens der leitende Gedanke derselben in der Erklärung gipfelt, den Verfassungsentwurf trotz aller Ausstellungen dawider annehmen zu wollen, wofern nur der Rechtsanspruch des preußischen Abgeordnetenhauses für die jährliche Bewilligung auch des Militär-Budgets durch eine ausdrückliche Erklärung der Regierung für die Zukunft gewahrt werde, so kommt der Minister dem dadurch entgegen, daß von ihm die hierüber in dem Verfassungsentwurf enthaltene Bestimmung nur als zeitweilige und als ein Uebergangs-Stadium bezeichnet worden ist. Eine Einigung über diesen wichtigsten Punkt kann so schließlich kaum ausbleiben. Ob später nicht die Gewalt der Thatsachen trotz einer derartigen Verwahrung doch alle Vortheile des gegenwärtigen Uebereinkommens der Regierung zuwenden wird, ist freilich dabei eine offene Frage, allein selbst wenn das wäre, verdient die Regierungs-Auffassung über das Militärbudget in Hinsicht ihres Inhalts unbedingt eine genauere Prüfung für die Annahme oder Verwerfung, als ihr bisher von Seiten der entschiedenen liberalen Parteien zu Theil geworden ist. Die Absetzungen auf diesem Gebiet werden, soweit sie das Ordinarium betreffen, doch immer nur sehr geringfügiger Natur bleiben und der Schwerpunkt der Pression, welche hierin etwa von Seiten der Volksvertretung auf die Regierung ausgeübt werden soll, wird unbedingt in dem Extra-Ordinarium gesucht werden müssen. Dieses ist aber nach wie vor der Berathung und Beschlußfassung der Volksrepräsentanten anheim gegeben, und wenn angeführt worden ist, daß die Forderung der Regierung für das Normal-Militärbudget so weit gegriffen worden sei, um derselben für Jahre hinaus vollständig freie Hand zu sichern, so sind andererseits der noch unbefriedigten militärischen und maritimen Forderungen doch so viele, um Jahr für Jahr dem Einbringen derartiger Forderungen mit vollster Bestimmtheit entgegensehen zu dürfen.

Dann aber enthält die Regierungsvorlage neben der Beanspruchung eines Normal-Etats für das Militärwesen zugleich als eine Art Entgeld dafür, ein Erbieten, das wahrlich nicht gering angeschlagen zu werden verdient und von dem seltsamerweise bisher noch kaum die Rede gewesen ist. Das englische Parlament hält die sog. Mutiny-Act, kraft welcher von ihm alljährlich die Heer- und Flottenstärke bestimmt wird, für eins seiner kostbarsten Vorrechte, obgleich thatsächlich dieses Recht sich längst durch die langjährige Praxis weit eher zu einem bloßen Ehrenrechte gestaltet hat, als daß sich noch ein wirklich reeller Inhalt damit verknüpfte. Der Abschnitt über das künftige Heerwesen des Norddeutsches Bundes enthält aber eine Bestimmung, welche an die englische Mutiny-Act erinnert. Alle zehn Jahre wird dadurch proponirt, soll die Friedensstärke des norddeutschen Heeres und dem entsprechend natürlich auch die Höhe des Normal-Militärbudgets neu bestimmt und dazu der Beschlußfassung der Volksvertretung untergebreitet werden. Der Wirkungskreis für die Letztere ist, da dies im Verhältniß des Anwachsens der Bevölkerung zu geschehen hat, nicht groß, immerhin ist es aber doch ein neues Recht, was damit der norddeutschen Volksvertretung zuwächst, und wenn diese Zustimmung von derselben nicht wie in England alljährlich, sondern nur alle zehn Jahre gefordert wird, so findet sich dafür im Gegensatz zu dort in der deutschen Verfassungsbestimmung unbedingt ein ganz realer und positiver Inhalt fixirt. So weit aber die preußische und künftig norddeutsche Wehrverfassung in Hinsicht des in ihr enthaltenen Kraftmaßes als jeder anderen zur Zeit bekannten Wehrverfassung überlegen anerkannt werden muß, so besitzt sie doch andrerseits den unleugbaren Nachtheil, daß die strengste Regelmäßigkeit in Einstellung der Jahresquote von Rekruten das eigentliche Lebenselement derselben bildet und daß sie somit Reduktionen der Friedensarmee durchaus nicht gestattet. Wenn jedoch die Gegenwart hierin die Anspannung aller Kräfte gebieterisch erfordert, so wird dieser jetzigen Periode doch sicher über kurz oder lang eine andere folgen, wo alle Völker sich die schließlich bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Militärlast möglichst zu erleichtern suchen werden. Dann wird auch für die deutsche Volksvertretung der Moment eingetreten sein, eine gleiche Forderung zu erheben, und die erwähnte Bestimmung kann dafür als die geeignetste Handhabe dienen. Mit dem jetzt zur Berathung ausstehenden Verfassungsentwurf sind nur die Keime zur Entwicklung eines eignen deutschen Verfassungslebens gegeben, die Entwicklung dieser Keime zur Blüthe und Frucht kann und wird dagegen erst im Laufe der Jahre und Decennien erfolgen. Das gilt auch von den Militärbestimmungen dieses Entwurfs; allein gerade für Letztere möchte sich in Rücksicht auf die Gegenwart wie auf die Zukunft eine zu rasche Entscheidung, oder gar ein bloßes unfruchtbares Negiren zum wenigsten empfehlen.

△ Berlin, 12. März. Der Eindruck, welchen die gestrige Reichstagssitzung in allen Kreisen hervorgebracht hat, ist ein so gewaltiger, daß heute von nichts Anderem gesprochen wird, als von der geistreichen und patriotisch durchglühten Rede Brauns und den beiden Reden des Ministerpräsidenten. Graf Bismarcks große Beredsamkeit zeigt sich bekanntlich vorzugsweise, wenn er improvisirt. Daher ist denn auch von den gestrigen beiden Reden die zweite die bedeutendere, ein wahres Meisterstück politischer Beredsamkeit. Man darf nach dieser klaren und bestimmten Darlegung des Standpunktes, welchen die preußische Regierung Hannover gegenüber innehält und nach der scharfen Abweisung der Insinuationen des Herrn v. Münchhausen mit Recht auf das Verhalten der partikularistisch gesinnten hannöverschen Mitglieder gespannt sein. Ueberrascht hat aber namentlich, daß nicht ein anderer von ihnen den Protest auszusprechen übernommen hat, da Herr v. Münchhausen sich gleich nach seiner Hierherkunft in die Familie des Grafen Bismarck hat einführen lassen und also, wie auch dieser andeutete, Gelegenheit hatte, sich über Verhältnisse zu informiren, die er nun ohne sich die Mühe gemacht zu haben, darüber nachzufragen, zum Gegenstand seiner unmotivirten Anklage gemacht hat.

Die Gelder für die Eisenbahnlinie von Posen nach Bentschen, von wo die Bahn in einer Gabel nach Frankfurt und Guben gehen soll, sind jetzt beisammen und der Bau nahe bevorstehend. Man glaubt, daß mit Beginn dieser Bahn auch die anderen mit dieser zusammenhängenden Bahnen zur Ausführung gelangen werden, nämlich östlich nach Warschau und westlich über Guben, Kottbus und Torgau nach Halle. Dem Komité für eine Bahn von Berlin nach Uelzen ist es nicht gelungen, die nöthigen Gelder herbeizuschaffen und hat sich dasselbe, dem Vernehmen nach, jetzt mit der Gesellschaft der Magdeburg-Halberstädter Bahn wegen Uebernahme des Baues in Verbindung gesetzt. Es ist die Berechnung aufgestellt worden, daß in diesem und dem nächsten Jahre zum Neubau von Eisenbahnen jedes Jahr 80 Millionen Thaler erforderlich sind, während bisher jährlich nur ungefähr 30 Millionen nöthig waren. Die im Bau begriffenen oder dazu vorbereiteten Bahnen betragen 199 Meilen; für die Ausführung sind demnächst 469 Meilen bestimmt; ferner wird der Bau von weiteren 420 Meilen in ernstliche Erörterung gezogen. Das Kapital für alle diese Bahnen wird auf 505 Millionen Thaler geschätzt.

Ψ Berlin, 12. März. Der Höhepunkt der allgemeinen Debatte über den Verfassungsentwarf im Reichstage ist mit dem gestrigen Tage erreicht worden, die Wirkung der gestrigen Vorgänge war heute noch wahrzunehmen; fast in allen Kreisen des Hauses bildeten die Reden des Grafen Bismarck den ausschließlichen Gegenstand der Besprechung. Man ist der Ansicht, daß die erste Rede des Ministerpräsidenten möglicherweise insofern eine Abkürzung der Arbeiten herbeiführen könnte, als man von vielen Seiten entschlossen ist, im Vertrauen auf seine Verheißungen wegen Bereitschaft zur Annahme von Amendements, die letzteren auf ein bescheidenes Quantum und zwar nur auf solche zu beschränken, deren Annahme von vornherein möglich erscheint. Großen Eindruck hat die betonte Hindeutung Bismarcks hervorgerufen, die Regierung Preußens werde und könne nicht den Scheinkonstitutionalismus wollen, sie sei entschlossen, auch an die Konstituirung des Norddeutschen Bundes mit dem vollen Ernst der verfassungsmäßigen Normen heranzutreten. Die Fraktion der National-Liberalen erblickt hierin die vollste Garantie und ein neues Moment zur Bewilligung eines Pauschquantums für das Uebergangsstadium der Organisation der Bundesarmee. Hier ist überhaupt der einzige schwierige Punkt. In anderen Beziehungen wird sich die Verständigung leicht herbeiführen lassen, hier dürften sich die Regierungen wenigstens nicht leicht zur Nachgiebigkeit entschließen, gleichwohl ist Neigung zur Verständigung selbst in diesem Punkte wahrscheinlich. Im Uebrigen verschafft sich die Ansicht immer mehr Geltung, daß die Verhandlungen des Reichstags sich nicht über das Osterfest hinausziehen möchten, nachdem es sich herausgestellt, daß keine zu große Masse von Anträgen die Debatten verzögern möchte.

In den Fraktionen haben die Berathungen der einzelnen Abschnitte und Artikel des Verfassungs-Entwurfes bereits begonnen, man ist indessen nicht weiter, als bis zum Art. 4 gekommen. Zu Art. 1 werden die Polen und die Dänen ihre Proteste anbringen und motiviren, erstere werden daher bei der allgemeinen Debatte sich gar nicht betheiligen. Morgen soll übrigens ein Schluß-Antrag einge-

bracht und angenommen werden und dann eine kurze Pause folgen, um den Fraktionen Zeit zu gönnen, sich über die Stellung zu den weiteren Verhandlungen, namentlich über die Amendements schlüssig zu machen. Es hängt die Dauer der Berathungen jedoch auch davon ab, wie weit man die Ueberweisung einzelner Theile des Entwurfes an die Kommissionen wird umgehen können. In der heutigen Sitzung machten die Oppositionsreden der Abgeordneten v. Mallinckrodt und Schleiden am meisten Sensation; wenn man den Standpunkt des letzteren zu verstehen geneigt war, so machte die Verurtheilung der preußischen Politik des Jahres 1866 von Seiten des ultramontanen Mitgliedes ziemlich auf allen Seiten des Hauses einen unerquicklichen Eindruck und es wurde gerade auf Seiten der ministeriellen Gruppen hervorgehoben, daß so weit, in diesem Hause wenigstens, noch kein Mitglied der äußersten Linken gegangen war. — In den Abtheilungen des Reichstages setzt man inzwischen die Wahlprüfungen eifrig fort, das Resultat aber dieser umfangreichen und mühsamen Arbeiten wird höchstens in der Ungültigkeits-Erklärung des Mandats des Abg. Ahlemann (2. schleswig-holstein. Wahlbezirk Alsen) zu finden sein. — Heute erzählte man in Abgeordnetenkreisen von einem seltsamen Zufall, welcher gestern, kurze Zeit nach der heißen Debatte im Reichstage, den Grafen Bismarck und Hrn. v. Münchhausen aus Hannover — an der Tafel Sr. Majestät des Königs zusammengeführt habe; wie weit das richtig ist, und ferner die Hinzufügung, daß sich Hr. v. M. wegen seiner provocirenden Rede zu entschuldigen oder zu rechtfertigen bemüht habe, mag dahin gestellt bleiben. — Die Baulichkeiten im Abgeordnetenhause haben erst in sehr geringem Umfange begonnen und sind in einer Weise projektirt, daß ihre Fertigstellung jedenfalls erst im Spätsommer erfolgen kann. Es ist nicht nur die Erweiterung des Sitzungssaales, sondern ein Anbau beabsichtigt, in welchem Kommissionszimmer und das stenographische Büreau Platz finden sollen, das Lesezimmer wird in den bisherigen Stenographen-Saal verlegt und sein jetziger Raum zur Erweiterung der Restauration benutzt.

— Zur Theilnahme an der Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Königs treffen hier ein: am 16. der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Meiningen; am 19. der Großherzog und die Großherzogin Luise und die Prinzessin Wilhelm von Baden, der Großherzog und die verwittwete Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, der Fürst, der Erbprinz und die Erbprinzessin von Hohenzollern.

— Se. Maj. der König hat an die Wittwe des Professors v. Cornelius folgendes Schreiben gerichtet:

„Ich habe aus Ihrer Anzeige vom 6, d. M. den Hintritt Ihres Gatten mit aufrichtiger Theilnahme ersehen und bitte Sie, sich in Ihrer tiefen Trauer Meines herzlichsten Beileids versichert zu halten. Die vaterländische Kunst, für die der Verewigte von früher Jugend bis in sein spätes Alter so rastlos und so erfolgreich gewirkt, hat durch den Heimgang des großen Meisters einen schweren Verlust erlitten; — doch seine Werke sind ein dauerndes Zeugniß seines Schaffens und stets wird ihm als einem der Ersten unter den deutschen bildenden Künstlern ein ehrenvolles Gedächtniß gesichert bleiben. Sie aber mögen in Ihrem Schmerz in dem Bewußtsein Beruhigung finden, wie sehr Sie den Lebensabend des edlen Mannes durch Ihre Treue und Hingebung erhellt und verschönert haben. Wilhelm."

— Der „Publ." wiederholt jetzt die Nachricht, daß den Generalen Herwarth v. Bittenfeld und v. Steinmetz die Ernennung zu Inspekteuren der IV. resp. I. Armee-Abtheilung zugedacht sei.

— Da im Publikum wiederholt die Klage laut geworden ist, daß in dem Eisenbahn-Betriebs-Reglement die Ablieferungsfristen für gewöhnliche Güter zu lang bemessen seien und dadurch der wesentliche Vorzug der Eisenbahnen von andern Transportmitteln, die rasche Beförderung der Frachten beeinträchtigen werde, indem auch die zulässige Deklaration der Verfrachter über ihr Interesse an rechtzeitiger Ablieferung nicht die beabsichtigte Garantie gegen Saumseligkeit gewähre, so hat der Handelsminister sich veranlaßt gefunden, mittelst Erlasses vom 3. d. M. die sämmtlichen königl. Eisenbahn-Direktionen mit Einschluß derer in den neuerworbenen Landestheilen, zu einer eingehenden Erörterung der Frage aufzufordern, ob die Entwickelung, welche das Eisenbahnwesen in dem letzten Jahrzehnt genommen, es zulässig erscheinen lasse, ohne Gefährdung der finanziellen Resultate des Bahn-Unternehmens die Lieferfristen in einer für das Publikum günstigeren Weise zu normiren. Die Einsendung der bezüglichen Berichte Seitens der Eisenbahn-Direktionen sieht der Minister binnen drei Monaten entgegen.

— Um dem hervorgetretenen Mangel an Postbeamten, welche das Examen für die höheren Stellen der Postverwaltung abgelegt haben, abzuhelfen, werden aus der Klasse der Post-Kommissarien und Post-Sekretäre diejenigen, welche sich dazu geeignet erweisen, aushülfsweise zu Bureaubeamten erster Klasse, für die sonst die zweite Prüfung Bedingung ist, verwendet werden. (N. P. Z.)

— Am 1. März hat der Justiz-Minister eine allgemeine Verfügung erlassen, betreffend die Zuständigkeit und das Verfahren bei Anstellung und Entlassung ꝛc. der Justizbeamten in Hannover, in den kurhessischen, bayerischen, nassauischen, hessischen Landestheilen.

— Von officiöser Seite wird gegen die in Bezug auf die Tragung der Stellvertretung als Gesammtpraxis von der „Mgd. Ztg." erhobenen Zweifel bemerkt, daß die Frage der Stellvertretung bei dem Grafen zu Eulenburg und Geh. Rath Wagener gar nicht in Betracht komme, weil diese beiden Ministerialbeamten auch während der Zeit der Reichstagssession ihr amtliches Decernat vollständig beibehalten, daß aber den im Reichstage sitzenden Landräthen allerdings die Kosten ihrer Stellvertretung vom Gehalt in Abzug gebracht werden.

— Bei der unzweifelhaft in Aussicht genommenen Aufhebung der Spielbanken wird die Regierung doch geneigt sein — so meldet die „N. A. Z." — jede mit dem öffentlichen Interesse vereinbarte Rücksichtnahme auf die betreffenden Kommunen obwalten zu lassen.

— Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Glückwunsch-Adresse an Se. Maj. den König zum bevorstehenden Geburtsfeste beschlossen und eine Deputation eingesetzt, um diese Adresse zu entwerfen Dieselbe besteht aus dem stellvertretenden Vorsteher Meyer und den Stadtverordneten Dr. Gneist und Reimer.

— In Dresden ist der General-Lieutenant von Treitschke am 10. d. gestorben.

— Die „Karlsruher Zeitung" bringt zu dem gestern mitgetheilten „Protokoll der Stuttgarter Militärkonferenz" einen längeren Kommentar, aus dem wir nachfolgende Stelle hervorheben: „Es läßt sich hoffen, daß die guten Folgen eines Anschlusses der süddeutschen Heereskörper an die Verfassung des Norddeutschen Heeres sich nicht blos auf den Kriegsfall beschränken werden, sondern daß sie im Allgemeinen die Anbahnung engerer politischer Beziehungen bewirken und die Herstellung eines auch formal näheren Verhältnisses zwischen dem Süden und dem Norden erleichtern werden. In Rücksicht hierauf werden wohl, wie sich voraussetzen läßt, von den einzelnen Theilnehmern der Verhandlungen zu Stuttgart manche gegenseitige Zugeständnisse gemacht worden sein..... Wir leben nicht in einer Zeit des ewigen Friedens und Deutschland steht mitten in einer Krisis, deren günstiger Ausgang nur dadurch beschleunigt werden kann, daß dem Inund Ausland die Ueberzeugung beigebracht wird, es stehen die deutschen Staaten in einer wirklich innigen nationalen Verbindung, und es reicht ihre Kraft zum Schutz der Grenzen gegen jeden Gegner hin."

— Der Korrespondent des „Monde", der flüchtige Herrmann Kuhn, schreibt, daß er über die Wendung staunte, welche er im Würtemberg'schen zu Gunsten Preußens fand. Jene — sagt er — welche auf eine auswärtigen Einflüsterungen zugängliche süddeutsche Konföderation rechneten, täuschen sich. Ein Angriff von Außen würde die Konstituirung eines einheitlichen furchtbaren Deutschlands nur beschleunigen.

— Ueber das angebliche Einverständniß der Garantiemächte Griechenlands schreibt der „B. H. Z." ein in der Regel unterrichteter Wiener Korrespondent: „Ich darf jetzt versichern, daß zwischen den Mächten noch keinerlei Vereinbarung zu Stande gekommen ist und daß also Rußland in keinem Falle Namens der übrigen Mächte aufgetreten sein kann. Ich kann aber auch hinzufügen, daß wenigstens die hiesige russische Gesandtschaft auf das Entschiedentste in Abrede stellt, daß Rußland auch für sich allein einen Schritt der gedachten Art gethan habe. Womit freilich nicht behauptet werden soll, daß nicht die in Frage stehende Forderung das Wenigste ist, was der Pforte angesonnen werden wird, insofern ihre Erfüllung nicht bloß ein Gebot der Klugheit und der Gerechtigkeit ist, sondern sich einfach als eine vertragsmäßig übernommene Pflicht darstellt."

Flensburg, 10. März. Nachdem die Deputation aus Nordschleswig, die in Berlin eine Immediatvorstellung überreichen wollte und eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige nachgesucht hatte, ohne daß ihr solche gewährt wurde, zurückgekehrt ist, ist ihr jetzt, wie die „Flensb. Nordd. Ztg." mittheilt, die amtliche Eröffnung gemacht worden, daß Se. Maj. der König sich auch nicht veranlaßt sehen könnte, den Petenten einen schriftlichen Bescheid zu geben, und zwar in Betreff der Selbstüberschätzung, mit der dieselben ihrem Urtheil und ihrem Rathe Sr. Majestät gegenüber einen unberufenen Ausdruck gegeben haben."

Aus Nordschleswig, 7. März. Bekanntlich verließen viele dienstpflichtige Nordschleswiger das Land, um sich dem preußischen Militärdienste zu entziehen und verlangten in Dänemark Heimathsrecht. Mit dänischen Pässen versehen, sind die meisten derselben zurückgekehrt, in der trügerischen Annahme, daß ihnen der Aufenthalt hier im Lande ohne jede Leistung gestattet werden würde. Wie „Middelfart Avis" aber berichtet, hat eine große Anzahl dieser Leute schleunigst in die neue Heimath zurückkehren müssen, und zwar auf Grund von Ausweisungsbefehlen Seitens der Regierung.

Kassel, 12. März Die Wahl Weigelt's im Wahlkreise Kassel-Melsungen erscheint gesichert. In Kassel erhielt Weigelt 1299, Trabert 554 Stimmen. Nachrichten aus Melsungen und Landgemeinden melden, daß auch dort der national-liberale Weigelt siegte. — Professor Pauli ist zum ordentlichen Professor der Philosophie in Marburg ernannt.

Bayern. München, 12. März. Gutem Vernehmen nach werden in der zweiten Hälfte dieses Monats in Mannheim Bevollmächtigte der Regierungen von Baiern, Baden und Hessen zusammentreten, um über gemeinsame Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest zu berathen.

↗ **Sachsen.** Dresden, 11. März. Der sächsische Königshof ist plötzlich in große Betrübniß versetzt worden. Die jüngste Tochter König Johann's, Herzogin Sophie von Bayern in München, ist nach kaum überstandenem Wochenbett an der sogenannten Rachenbräune verschieden. Schon im Kindbett hatten sich gefährliche Zustände und Symptome eingestellt, doch waren dieselben anscheinend so glücklich gehoben, daß noch vor einigen Abenden die besten Nachrichten hier eingetroffen waren und das königliche Elternpaar erzählen konnte, wie ihre Kinder in München bereits an die Uebersiedelung nach Possenhofen zu denken angefangen. Die telegraphische Anzeige der schweren Erkrankung und des rasch eingetretenen Todes folgten sich wie Donnerschläge aus heiterer Himmelshöhe. Der König selbst war auch so ergriffen davon, daß er seinen Beichtvater, den Kaplan Heine, in Thränen aufgelöst und laut schluchzend gestern früh empfing. Die Königin, die bei ihm war, ersuchte den Geistlichen, ihren Gemahl zu trösten, da sie, betäubt und im Augenblicke fast empfindungslos, keiner Worte mächtig sei.

Um die Schwere des neuen Verlustes zu ermessen, muß man sich erinnern, daß der König und die Königin von Sachsen schon eine ganze Reihe von blühenden Kindern vor sich haben dahinsterben sehen und daß Prinzessin Sophie das letzte Kind war, das man vor nicht viel länger als zwei Jahren aus dem königlichen Schlosse von Dresden in die Welt entließ. König Johann und seine erlauchte Gemahlin sind kaum aus der Stimmung eines „trauernden Königspaares" herausgekommen.

Natürlich haben alle Hoffeste mit diesem traurigen Ereignisse ein vorzeitiges Ende in diesem Winter erreicht; das Hoftheater ist einige Tage geschlossen. Beileidsbezeigungen gehen dem trostlosen hohen Ehepaar von allen Höfen ein. Die erste kam von Berlin, wo man im schneidenden Kontraste zur hiesigen Situation sich eben rüstet, die Vermählung der Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen mit dem Grafen von Flandern zu feiern.

Bezüglich der Befestigungsfrage von Dresden können wir bei unserer früheren Versicherung bleiben. Es werden keine weiteren Schanzen angelegt und die vorhandenen auch keineswegs ausgebaut und verstärkt werden. Der jetzige Schanzengürtel ist etwa derselbe, den ehedem auch die Franzosen gezogen, nur daß er erweitert ist, weil die Stadt nach verschiedenen Seiten hin sich vergrößert hat. Ihn wird man erhalten, um vorkommenden Falles militärische Stellung gegen einen Angriff von Oestreich her leicht gewinnen zu können. Doch wird dieser Umstand keinerlei Unbequemlichkeiten für die Bevölkerung haben. Preußens Geniekorps und Artilleriewerk sind so ausgezeichnete Truppenkörper, so eingeübt und flink bei der Hand, daß es nur gewissermaßen eines

---

Napoleon der Erste in Posen.

Es war eine bewegte Zeit für die Einwohner unserer Vaterstadt während der beiden letzten Monate des Jahres 1806. Die Schlacht bei Jena war geschlagen, unendliches Elend für ganz Preußen war ihr rasch auf dem Fuße nachgefolgt. Napoleon war in Berlin eingezogen, in Eilmärschen hatten sich die Trümmer der preußischen Armee hinter die Weichsel zurückgezogen; die Truppen, welche ursprünglich die Besatzung Posens gebildet hatten, waren großentheils mit dem Gros der Armee bei Jena gewesen, nur ein schwacher Rest war zurückgeblieben und auch dieser erhielt gar bald Befehl, sich in der Richtung auf Thorn zu den retirirenden preußischen Truppen anzuschließen. Frei für jeden Feind lag Posen da, denn es war damals noch eine offene Stadt. Während der Schwedenkriege waren seine Befestigungen mehr als schadhaft geworden; gegen Ende des 7jährigen Krieges hatte es bereits keine Mauern mehr und, obwohl bereits im Jahre 1756 von August III. der Befehl zur Ausbesserung der Stadtmauern ertheilt worden, war derselbe doch nie zur Ausführung gebracht, das Einzige, was geschah, war, daß zur Zeit der Konföderation von Bar die Zwischenräume zwischen den einzelnen Ueberresten der Mauern mit Pallisaden ausgefüllt wurden; das Ganze war aber selbst damals derartig, daß es einen ordentlichen Angriff auszuhalten nicht vermocht hätte, und mit der Zeit waren selbst diese geringen Vertheidigungsanstalten beinahe ganz in Verfall gerathen. So lag denn Posen offen da für den Eroberer, und die Einwohner schwankten nur noch zwischen der Erwartung des mächtigen Weltenbesiegers und der Furcht vor den Kosakenrotten des russischen Generals Bennigsen, von dessen Korps die Avantgarde Praga besetzt hielt und einzelne Reiterschaaren bis nach Posen und Thorn hin ihre Streifzüge ausdehnten. Die preußischen Beamten hatten zum Theil schon längst sich aus dem Staube gemacht, zum Theil wurden sie bald von der aufgeregten polnischen Bevölkerung weggejagt; die polnischen Einwohner trennten sich Anfangs in zwei Hälften, die Einen jauchzten schon aus der Ferne dem fränkischen Imperator zu, die Andern, darunter ein großer Theil der eigentlichen Bürgerschaft von Posen, verhielten sich indifferent, sie hatten unter der preußischen Herrschaft zu wohl die Segnungen des Friedens und einer geordneten Regierung schätzen gelernt, um Alles dies freudig auf einmal hinzugeben für eine ungewisse Zukunft. Da erließ am 3. November Dombrowski aus dem damaligen Hauptquartier zu Berlin seinen Aufruf an die Polen, worin er erklärte, daß der Kaiser Willens sei, Polen von der bisherigen Unterjochung zu erretten, daß aber auch der Ausgang der Unternehmung von den Polen selbst und von deren Betragen abhängen werde, sowie das in nächster Zeit Kosciuszko, als dessen Organ er gegenwärtig figurire, im Namen des Kaisers zu seinen Landsleuten reden werde Hatte noch etwas gefehlt, um die schon aufgestachelten Gemüther zum Enthusiasmus zu entflammen, so war es diese Rede, und, wie es in politisch aufgeregten Zeiten nur extreme Partheien giebt, so wurden auch hier diejenigen, welche die goldene Mittelstraße einhalten wollten, alsbald von dem Strom der allgemeinen Bewegung mit fortgerissen. Eine Konförderation unter der Leitung Dombrowski's wurde in Posen gebildet, eine provisorische Regierung eingesetzt und polnische Emissäre nach Berlin gesandt, welche den Kaiser beschwören mußten, doch ja seinen Siegeslauf nach der Weichsel hin zu richten. — Und die deutschen Bewohner Posens? Von ihnen finden wir während dieser ganzen Zeit nirgends ein Lebenszeichen und doch bildeten sie, wie alle Quellen ziemlich übereinstimmend angeben, damals bereits mindestens den sechsten Theil der etwa 15,000 Einwohner zählenden Bevölkerung der Stadt, mit Ausnahme sogar der Juden. Ein Theil der Reicheren mochte vielleicht die Stadt und das Land verlassen haben, die Uebrigen harrten in dumpfer Resignation des ihnen bevorstehenden Schicksals.

Während Marschall Lannes gegen Thorn, Angereau gegen Graudenz, wo sich damals König Friedrich Wilhelm III. noch aufhielt, und Jérome Napoleon, der nachmalige König von Westphalen, über Glogau nach Kalisch hin dirigirt wurden, rückte die Hauptmacht der „großen Armee" unter Davoust und Soult nebst der Kavalleriereserve des Großherzogs v. Berg über Posen nach Warschau hin und fand so wenig Widerstand, daß sie im Fluge ganz Polen besetzen konnte. Davoust war der Erste, welcher in Posen eintraf; zu Anfang November rückte er über Küstrin in das Großherzogthum, damals Provinz Südpreußen, ein, und am 9, 10. und 11. November hielten nach einander seine drei Divisionen ihren Einzug in Posen, wo ihnen ein enthusiastischer Empfang bereitet wurde; Davoust selber hielt eine Anrede an die polnische Bevölkerung, welche dieselbe mit dem größten Jubel aufnahm, und erklärte in einem Armeebefehle seinen Soldaten, daß sie sich in einem befreundeten Lande befänden; ja er hielt dies so sehr fest, daß, als ihm gemeldet wurde, zwei Soldaten hätten angefangen, nach der damals beliebten Manier, eigenmächtig zu „requiriren", er dieselben vor ein Kriegsgericht stellen und sofort erschießen ließ. Zwei Tage darauf rückte Murat mit seiner 9—10,000 Mann zählenden Kavalleriereserve in Posen ein und vereinigte sich mit dem Davoustschen Korps; nun begann eine wunderbare Zeit für Posen. Murat, der seit seiner Verschwägerung mit Napoleon von einer brennenden Herrschbegierde verzehrt wurde und dem sein kleines Ländchen — er war damals nur erst Großherzog von Berg, noch nicht König von Neapel — hierfür nicht genügte, strebte entschieden danach, sich die polnische Königskrone auf das Haupt zu setzen, er versammelte deshalb den ganzen Adel des Landes um sich, wußte durch sein ritterliches Wesen denselben für sich zu entflammen und ihm diejenigen Ideen zu imputiren, welche er selbst dem Kaiser gegenüber nicht wagte laut werden zu lassen. So ging es fort bis zum Abmarsche Murats, welcher gemeinschaftlich mit dem Davousts am 16. November erfolgte; täglich trafen nun neue Truppen in Posen ein, deren Unterbringung oft die größten Schwierigkeiten verursachte, aber alle diese Lasten wurden auf das Bereitwilligste von der Bevölkerung getragen, und die vollendetste Harmonie herrschte zwischen ihr und den französischen Truppen. Endlich nahte der Kaiser selber, der damals fast allmächtige Napoleon, „erwartet mit lebhafter Bewunderung und glühenden Hoffnungen."

Am 25. November in der Frühe um 2 Uhr war Napoleon aus Berlin aufgebrochen, war um zehn Vormittags in Küstrin eingetroffen, hatte die Nacht vom 26. zum 27. in Meseritz zugebracht und traf nun am 28. November um 10 Uhr Abends, beinahe unerwartet, in Posen ein. (Die dem widersprechende Angabe in dem Werke: „Napoleon Bonaparte, Feldzüge im Jahre 1806", wonach er am 25. hier angelangt, ist nach Ausweis der amtlichen Bülletins unrichtig und beruht offenbar auf einer Verwechselung mit seiner Abreise von Berlin.) In den Straßen, durch welche der Kaiser seinen Einzug hielt, bildeten theils die Gewerke, theils die Grenadiere Oudinot's Spalier, und es war keine leichte Arbeit für sie, die Ordnung aufrecht zu erhalten und das andrängende Volk zurückzustoßen; denn immer und immer wieder stürmten die Volksmassen heran um den großen Kaiser zu sehen, in welchem man damals den Befreier Polens erblickte. Endlich kam er an, der Mann mit dem

Grundrisses bedarf, um im nöthigen Falle Fortifikationen wie aus der Erde wachsen zu lassen.

Sollten die preußischen Truppen von hier abziehen, so würden die Schanzen unter Befehl eines preußischen Kommandanten der Aufsicht der sächsischen Besatzung übergeben werden. Selbstverständlich wird ein preußisches Artillerie-Depot in Dresden immer noch bleiben.

Die Dresdner Tiedge-Stiftung hat in diesen Tagen ihren Rechenschaftsbericht über das Jahr 1866 veröffentlicht. Sie hat an deutsche Künstler und deren Angehörige in demselben im Ganzen 4000 Thlr. Ehrengaben gewährt. Davon erhielten in Preußen lebende Künstler 1300, in Oestreich lebende 250, in Bayern lebende 700, im übrigen Deutschland lebende (Meiningen, Weimar, Hannover, Braunschweig), ebenfalls 700 und in Sachsen selbst lebende 1050 Thlr. Es ist tröstlich, in diesem Rechenschaftsbericht das Komité der Stiftung selbst sich folgendermaßen äußern zu sehen:

„Der friedliche Gang der Stiftungsthätigkeit ist durch die gewaltigen Ereignisse des verflossenen Jahres nicht unterbrochen worden. Auch die dadurch im deutschen Vaterlande herbeigeführten politischen Veränderungen äußern auf sie keinen Einfluß. Denn Deutsche ohne Unterschied des Heimathortes und ohne Rücksicht auf politische Grenzen können nach dem Wortlaute der Stiftungsurkunde unter den statutarischen Voraussetzungen zur Betheiligung gelangen."

Aus Mecklenburg. Schwerin, 11. März. Sonnabend, 9. d., sind den mecklenburg-schwerinschen Infanterie-Regimentern, dem Kavallerie-Regiment, dem Jäger-Bataillon ꝛc., wie bereits von der Schweriner Garnison gemeldet, von Sr. Majestät dem Könige von Preußen Fahnenbänder, wie die preußischen Regimenter sie erhalten haben, verliehen worden, und zwar dem Dragoner-Regiment und dem Jäger-Bataillon Bänder mit Schwertern am untern Ende. Das Band ist dasselbe wie für die Erinnerungsmedaille; es hat an beiden Enden zwei schwere silberne Troddeln in den preußischen Farben. (Meckl. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 12. März, Morgens Aus Newyork vom 11. d. M., Abends, wird per atlantisches Kabel gemeldet: Präsident Johnson bereitet die Ausführung der Rekonstruktionsbill vor. Der Gouverneur von Louisiana zeigt an, daß dieselbe in Louisiana eingeführt sei.

Frankreich.

Paris, 10. März. Aus Peking, 2. Jan. schreibt man dem „Moniteur", daß die chinesische Regierung sich nunmehr zum strengeren Einschreiten gegen die hohen Reichsbeamten entschlossen habe, welche sich in neuerer Zeit durch ihre feindselige Gesinnung gegen die Missionäre und die Europäer überhaupt bemerklich gemacht hätten. Der bedeutendste unter ihnen, Li-Hong-Schang, Vice-König von Nanking, wurde durch kaiserliches Dekret öffentlich seines Amtes enthoben und zum Oberbefehlshaber der Hoangho-Armee ernannt, welche die Residenz gegen die Angriffe der Nienfei zu vertheidigen hat. Die Güter der katholischen Missionen von Nanking, welche der Vice-König unter Sequester gestellt hatte, sind wieder freigegeben worden. Li-Hong-Schang ist in Nanking durch Tsen-Kwo-Fun, einen der ersten Würdenträger des himmlischen Reiches, ersetzt worden. — Ferner theilt der „Moniteur" mit, daß die letzte Expedition des Kaisers Theodor von Abyssinien gegen die aufständischen Stämme zu keinem Resulte geführt hat, da die Häupter des Aufstandes selbst, die er bis gegen Gondar verfolgt hatte, entkommen sind Der Zorn des Kaisers wandte sich nun gegen die alte Hauptstadt der äthiopischen Herrscher, die er völlig zerstören ließ. Die englischen Gefangenen befinden sich noch immer in Magdala, ohne daß der Kaiser bis jetzt das Schreiben der Königin Victoria beantwortet hätte.

— [Sitzung des gesetzgebenden Körpers vom 9. März.] Bei Eröffnung der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers zeigte Präsident Walewski an, daß die Bureaux die Interpellation des Herrn Thiers über die auswärtigen Angelegenheiten angenommen haben. Auf den Wunsch des Herrn Rouher wird der nächste Donnerstag zur Diskutirung dieser Interpellation festgesetzt. Auf die Frage des Herrn Bethmont, was die Regierung in Betreff der von Berryer verlangten und für die bevorstehende Diskussion nothwendigen Aktenstücke mitzutheilen habe, erwidert Herr Rouher, daß es sich für die Interpellation des Herrn Thiers, die sich nicht auf Mexiko beziehe, auch nicht um Mittheilung von auf Mexiko bezüglichen Depeschen handle. Die Depesche, welche über die italienischen Angelegenheiten am 3. Mai geschrieben worden sei, werde die Regierung vorlegen. Weitere, auf Deutschland und Italien bezügliche Dokumente glaubt die Regierung nicht mittheilen zu sollen. Sie kann nur auf das, was das Gelbbuch enthält, und auf die Erklärungen, welche sie nächsten Donnerstag abgeben wird, verweisen.

Belgien.

Brüssel, 10. März. Gestern ist das Transportschiff „Rhone" mit den belgisch-mexikanischen Truppen in Antwerpen angekommen. Man hatte sich darauf gefaßt gemacht, daß die Ausschiffung erst am nächsten Morgen in einer Art von offizieller Weise stattfinden würde; sie hat aber, wie es heißt, auf höheren Befehl, noch um 8 Uhr Abends stattgefunden.

Italien.

— Die Vermählung des Prinzen Amadeo mit der jungen und reichen Fürstin della Cisterna ist eine beschlossene Sache und wird am 19. März stattfinden. Die Damen, welche den Hofstaat der künftigen königlichen Prinzessin bilden sollen, sind bereits bezeichnet. Das junge Ehepaar begiebt sich dann nach Neapel.

— Aus Kalabrien wird dem „Pop. d'Italia" gemeldet, daß der Ex-Deputirte Donato Morelli, einer der reichsten dortigen Grundbesitzer, auf der Rückkehr von Florenz, zwischen Cotrone und Ciré, von der Bande Palma abgefangen worden ist. Man verlangt für seine Freilassung 1—200,000 £.

Spanien.

Madrid, 3. März. Trotz der größten Wachsamkeit der Polizei erschien gestern wiederum eine Nummer des „Relampago", welche in einer Unzahl von Exemplaren zur Vertheilung kam. Sie enthält mehrere Dekrete der revolutionären Junta von Madrid. Eins dieser Dekrete verbietet allen Wählern sich an den bevorstehenden Wahlen zu betheiligen; wer ein Mandat als Deputirter annimmt, wird für einen Vaterlandsverräther erklärt; höhere Beamte, welche gesetzlich nicht abgesetzt werden dürfen und sich an der Wahl dennoch betheiligen, verlieren nach dem Triumphe der Revolution ihr Amt; alle Unterbeamte jedoch, welche den Chikanen ihrer Vorgesetzten ausgesetzt sind, dürfen ihre Stimme ungestraft abgeben, wie es ihr augenblicklicher Vortheil mit sich bringt. Ein anderes Dekret verhängt über den General Pezuela die Todesstrafe und verordnet, daß seine Güter eingezogen werden sollen, um diejenigen Familien zu entschädigen, welche Opfer seiner barbarischen Anordnungen gewesen sind. Eine andere Bestimmung bedroht den Nachfolger Pezuela's, General Mayalde, ebenfalls mit Todesstrafe, wenn er während seiner Amtsthätigkeit die in dem berüchtigten Bando angedrohten Strafen zur Ausführung bringen sollte. Die erwähnte Nummer des „Relampago" enthält ferner eine Proklamation der revolutionären Junta an die Provinzen, worin diese aufgefordert werden, jeden Aufstand, der in Madrid oder an irgend einem anderen Punkte des Königsreichs ausbrechen sollte, mit aller Macht zu unterstützen.

Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist noch nicht erfolgt, obgleich die entsprechende Verordnung bestimmt am 1. d. M. erwartet wurde und die Wahlen in 8 Tagen bevorstehen. Einige geben die Nichtaufhebung des Belagerungszustandes einem Studentenkrawall Schuld, welcher zu zahlreichen Verhaftungen führte. Auch eins der Häupter des Aufstandes vom 22. Juni 1866 soll festgenommen sein; die Papiere, welche bei ihnen gefunden wurden, sollen zu anderen Verhaftungen, worunter auch die des Redakteurs der „Relampago", geführt haben. Der Alcalde Corrigdore von Madrid hat mehrere strenge Verordnungen in Betreff des Verhaltens während des Karnevals erlassen, so daß dieser wohl nur traurig ausfallen wird. Vorgestern wurden im königl. Theater mehrere Personen verhaftet, weil sie beim Eintreten der Königin eine Katzenmusik anstimmten. Die Regierung beabsichtigt, wie man hört, in der Salamanca-Vorstadt beträchtliche Bauten auszuführen, um theils die vielen feiernden Arbeiter zu beschäftigen, theils dem Wohnungsmangel abzuhelfen. Die „Epoca" berichtet, daß der König und die Königin von Portugal am 4. April zum Besuch in Aranjuez eintreffen, um sich daselbst, wie auch in Madrid einige Zeit aufzuhalten und dann zur Ausstellung nach Paris zu begeben.

— Die spanische Regierung tritt tagtäglich strenger auf. So hat sie jetzt befohlen, daß alle diejenigen, welche falsche Berichte in Umlauf setzen, vor das Kriegsgericht gestellt und erschossen werden sollen.

Türkei.

Belgrad, 12. März. In hiesigen Regierungskreisen erwartet man heute oder morgen das Eintreffen des Ferman der Pforte, betreffend die Räumung der Festung Belgrad Seitens der türkischen Truppen.

Donaufürstenthümer.

— Die Juden Serbiens haben, wie die „Patrie" berichtet, an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs, Englands, Oestreichs, Italiens, Rußlands und der Türkei eine Note gerichtet, in welcher sie den elenden Zustand auseinandersetzen, in welchen sie durch die Verletzung der völkerrechtlichen Verträge von Seiten der serbischen Regierung versetzt seien. Aus allen Theilen Serbiens vertrieben, sind sie in einen Winkel Belgrads verwiesen, woraus sie sich nach einem Gesetz von 1861 nicht entfernen dürfen. Das Verbot, Industrie und Handel im Innern Serbiens zu treiben, hat sie ruinirt, außerdem sehen sie sich allen Arten von Mißhandlungen ausgesetzt; Mordanfälle gegen sie bleiben unbestraft. Dennoch garantire ihnen das zwischen den Großmächten und der serbischen Regierung vereinbarte Grundgesetz Serbiens Protektion, da dasselbe die bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller Serben ohne Unterschied des Kultus anerkenne. Der Augenblick dieser Reklamation scheint der „Patrie" um so günstiger zu sein, da Serbien jetzt selbst seine vollständige Autonomie reklamire.

Vom Reichstage.

(11. Sitzung vom 12. März.)

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. In der Mittelloge der Kronprinz. Am Ministertische einige Bundeskommissarien.

Nachdem der Präsident Simson von der Bewilligung einiger Urlaubsgesuche dem Hause Kenntniß gegeben, wird die allgemeine Diskussion über den Verfassungsentwurf fortgesetzt, und erhält zunächst das Wort

Abg. Michaelis (Ueckermünde) (für die Vorlage): Sie werden nicht erwarten, meine Herren, daß ich dem letzten Herrn Redner auf ein Gebiet folge, das nur mit Mühe in diese Debatte hier hineingezogen ist. Auch fühle ich weder den Beruf noch die Neigung in mir, die Politik der preußischen Regierung in Hannover zu vertheidigen, zumal ich glaube, daß, wenn man rechtzeitig energischer und rechtzeitig milder aufgetreten wäre, man mehr erreicht haben würde. Bei dem großen Einflusse, den der Herr Vorredner in Hannover genießt, würde er übrigens wohl viel dazu beitragen können, um den Frieden wieder herzustellen, der zur Etablirung der vollen staatlichen Ordnung durchaus nothwendig ist. Aus den Debatten, die hier geführt werden, wird er wohl schon die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir fest entschlossen sind einzustehen für die neuen politischen Gestaltungen, die durch die Ereignisse des letzten Jahres herbeigeführt worden sind. Er wird daraus wohl ersehen, daß die Zurückführung des Königs Georg in das Gebiet der phantastischen Träume gehört, deren Realisirung absolut unmöglich ist, und die man deshalb besser fallen ließe, um den Frieden und die volle staatliche Ordnung rasch wieder herzustellen.

Ich habe mich übrigens gefreut darüber, daß der Herr Vorredner sich kund gegeben hat als Kämpfer für die persönliche Freiheit, und ich hoffe, ihn in der neuen staatlichen Gemeinschaft, in der wir jetzt mit ihm stehen, in dieser Beziehung als Bundesgenossen begrüßen zu können. Eins jedoch wird für diese Bundesgenossenschaft noch maßgebend sein, die Frage nämlich, ob er mit voller Energie, wie für die persönliche Freiheit, auch für die unberechtigten Eigenthümlichkeiten der einzelnen Staaten eintreten will. — In der Debatte über den Entwurf ist mehrfach als Vorwurf hervorgehoben, daß er durch Zufälligkeit entstanden sei und in Folge dessen wenig systematische Ordnung zeige. Das Letztere mag richtig sein; der Entwurf ist hervorgegangen aus unserer bisherigen Geschichte, und wenn man die Geschichte eine Reihe von Zufälligkeiten nennen will, dann kann man auch sagen, daß der Verfassungsentwurf aus lauter Zufälligkeiten entstanden sei. Es liegt hier vor uns ein bestimmtes, durch die geschichtliche Entwicklung begründetes System. Wir hatten vorher einen Zollverein, eine gemeinsame Institution für den Markt der Erzeugnisse des menschlichen Fleißes, die materielle Grundlage jedes Staatsgebietes. Weiter hatten wir nichts von gemeinsamer staatlicher Ordnung, nicht einmal die Gesetzgebung für den Markt war gemeinsam. Der Zollverein beruhte auf einer internationalen Einigung, die jedesmal auf 12 Jahre geschlossen wurde und nur sehr schwer zu reformiren war. Zur materiellen Grundlage eines Staates gehört aber außer der Marktgesetzgebung noch diejenige, die erst das Bewußtsein des Vaterlandes erweckt: die Gesetzgebung für die Heimathsrechte und die wirthschaftliche Freiheit, das Indigenat, oder wie es ein Redner gestern genannt hat, das allgemeine deutsche Bürgerrecht. Um dieses herzustellen, ist der erste Schritt jetzt gethan in dem vorliegenden Verfassungsentwurf.

Er richtet sich allerdingst zunächst nur gegen die ungleiche Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Staaten in andern Einzelstaaten; aber er begründet schon einen sehr erheblichen Fortschritt. Im preußischen Staate legt man schon jetzt der gewerblichen Niederlassung der preußischen Staatsbürger kein Hinderniß in den Weg; aber bei der Zulassung von Nichtpreußen und bei der Ermangelung der Ortsangehörigkeit derselben hatten bisher die Gemeinden

---

Marmorantlitz; in offenem Wagen fuhr er dahin durch die im letzten Augenblicke noch festlich erleuchteten Straßen nach dem Schlosse. Mit scharfem Auge, aber undurchdringlicher Miene betrachtete er die immer wieder heranwogende Volksmenge; unverändert blieb sein Antlitz, ob auch rings um ihn die Luft erfüllt war mit endlosem „Vive l'Empereur!" und „Niech żyje Cesarz!" — nur, als an einer Stelle diese Rufe verstummten und ihm dafür ein desto energischeres „Niech żyje Polska!" entgegenschallte, da war es, als fehlte die für seine Ohren bereits nothwendig gewordene Musik, und eine finstere Wolke zog über sein Gesicht; sobald er aber an einem Adler der ihn empfangenden französischen Regimenter vorbeifuhr, legte er die Hand grüßend an seinen dreieckigen Hut, um im Moment darauf wieder in seine sonstige vollendete Unbeweglichkeit zurückzusinken, und hinter ihm kamen die langjährigen Gefährten seiner Siege, die alten Garden, die in ihrem stolzen Bewußtsein mit souveräner Verachtung herabsahen auf das Volk, bei welchem sie schon allein durch ihre Bärenmützen einen wunderbaren Eindruck hervorriefen.

Im Uebrigen aber waren für diesen Abend alle Festivitäten abgelehnt worden, und es war dies auch sehr gut, da der Kaiser sich nicht gerade in gnädigster Laune befand. Er hatte bei seiner Ankunft im Schlosse Nachrichten empfangen, die mit seinen Plänen nicht zusammenpaßten; er hatte sich Koscinszkos als eines Mittels zur Einwirkung auf die Polen bedienen wollen, aber dieser hatte als echter Demokrat ihm niemals den 18. Brumaire vergeben und sich gerade jetzt nachdrücklich gegen ihn ausgesprochen. Unwillig hierüber ließ Napoleon sich Duroc gegenüber zu der Aeußerung hinreißen: „Koscinszko ist ein Tropf (un sot), der bei Weitem nicht so viel Einfluß bei seinen Landsleuten hat, als er glaubte, und dessen ich sehr wohl entbehren kann, um Polen wieder herzustellen, wenn das Glück der Waffen mich begünstigt." — Das zweite war ein Schreiben Murat's aus Warschau, worin dieser angab, daß der dortige Adel sich schwieriger gezeigt habe und an das Versprechen seiner Mithülfe für die Sache des Kaisers zwei Bedingungen knüpfe, nämlich das Versprechen der Unabhängigkeit Polens und der Verleihung der polnischen Krone an ein Mitglied der kaiserlichen Familie. Der Kaiser aber durchschaute die Absichten Murat's zu sehr und war nicht gesonnen, den Polen bindende Zusagen zu geben; schon in Berlin hatte er zu Davoust gesagt: „Erst, wenn ich die Polen alle zu meinen Füßen sehen werde, werde ich ihnen die Unabhängigkeit verkünden, früher nicht." Er ließ deshalb auch jetzt Murat antworten, er sei nicht gekommen, um einen Thron durch Unwahrheiten für seine Familie zu erwerben, denn an Kronen, die er zu vertheilen habe, fehle es ihm nicht; er sei gekommen im Interesse des europäischen Gleichgewichts, um eine der schwierigsten Unternehmungen zu wagen; wenn die Polen sich seinen Erwartungen gemäß verhielten, werde er ihnen die Unabhängigkeit verleihen, andernfalls werde er sie ihren preußischen und russischen Herren lassen.

Am folgenden Tage fand nun, nachdem der Kaiser der Messe in der Jesuitenkirche beigewohnt hatte, die feierliche Begrüßung im Saale des Schlosses statt, wobei der Divisionsgeneral Duroc als Ceremonienmeister fungirte und die Anwesenden dem Kaiser vorstellte. Drei getrennte Gruppen harrten seiner in dem Saale, zuerst die Senatoren Radziminski, Palatin von Gnesen und Ritter des Stanislausordens; Miaskowski, der Kastellan von Gnesen; Krzyzanowski, der Kastellan von Meseritz; Kwilecki, Kastellan von Sudeck und Mlecki, Kastellan von Bielcz, sämmtlich Ritter des weißen Adlerordens; sodann eine Deputation des Adels aus 22 Personen bestehend, darunter die Prinzen Michael Radziwill und Sulkowski, endlich die Geistlichkeit unter Führung des derzeitigen Erzbischofs von Gnesen. Zuerst begrüßte der Palatin Radziminski den Kaiser mit folgender Anrede in lateinischer Sprache:

„Erhabenster, erlauchtester, unüberwindlicher Kaiser! Sire, der ganze Erdkreis kennt Ihre Heldenthaten und Ihre Triumphe. Der Westen hat die erste Entwickelung Ihres Genie's gesehen, der Süden war der Preis Ihrer Anstrengungen, der Osten ist durch Sie ein Gegenstand der Bewunderung geworden, der Norden wird das Ziel Ihrer glorreichen Siege sein. Die polnische Nation in ihrem ganzen Umfange begrüßt Sie durch meine Stimme, achtet und verehrt Sie als ihren Befreier. Mit mehr Recht, als die alten Römer es von ihren Kaisern sagten, werden wir und unsere Nachkommenschaft einst sagen können: Der Kaiser Napoleon erschien auf Erden, sah und besiegte den Erdball. Die polnische Nation, die sich vor Ew. Maj. darstellt, die noch seufzt unter dem Joche der deutschen Völker, fleht im Staube und beschwört durch den Mund eines ihrer Senatoren den erhabensten, erlauchtesten Kaiser Napoleon, unsern gnädigsten Herrn, daß er die Gnade habe, Polen aus seiner Asche wieder erstehen zu lassen."

Nach ihm ergriff Fürst Sulkowski als Vertreter des Adels aus dem Departement Posen das Wort:

„Erhabenster, unüberwindlicher Beherrscher des Weltalls! Ihre unzählbaren Siege, Cäsar-Augustus, haben Sie zu den Grenzen unseres Sarmatiens geführt. Die Ritterschaft Polens, die Bevölkerung jedes Standes und Ranges begrüßen Sie mit der reinsten Freude als den Wiederhersteller ihres theuren Vaterlandes, als den Gesetzgeber des Weltalls. Voll Unterwürfigkeit in Ihren Willen, verehren sie Sie und gründen auf Sie alle ihre Hoffnungen, als auf denjenigen, der die Macht hat, Reiche zu errichten und zu zerstören und die Stolzen zu Boden zu werfen."

Den Beschluß bildete die Ansprache — ebenfalls in lateinischer Sprache — des Grafen Korzeniowski, Kastellans von Sandeck und Präsidenten der polnischen Justizverwaltungskammer:

„Unbesieglicher Cäsar! Da ich Sie sehe, glorreicher Held, sind meine Wünsche und die aller meiner Landsleute erfüllt. Schon sehen wir unser theures Vaterland gerettet, denn in Ihrer Person verehren wir den gerechtesten und weisesten Solon. Wir legen unser Schicksal, unsere Hoffnungen in Ihre Hände und flehen den allmächtigen Schutz des erhabensten Cäsar an."

Der Kaiser antwortete ihnen dankend und wies auch hierin abermals darauf hin, daß das Schicksal der Polen von ihrer eignen Thätigkeit abhängen werde. Gleich darauf stieg er zu Pferde und besichtigte die Stadt und deren Umgegend, überall auf das Enthusiastischste von der Bevölkerung empfangen; noch an demselben Tage empfing er verschiedene Deputationen aus der Provinz, welche ihm die Wünsche der Einwohner, deren Hoffnung auf Wiederherstellung des polnischen Reichs verkündeten und ihm ihr Hab und Gut, ihr Leben und ihren Einfluß zur Disposition stellten. Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß es ihm in Posen ausnehmend wohl gefiel und er erklärte: „Ich begegne hier in Posen bei dem Adel der Provinz all jenen zaghaften Ansichten, welche der Adel in der Hauptstadt — Warschau — hat, nicht. Ich finde hier Offenheit, Begeisterung, Vaterlandsliebe — alles Dinge, deren es schließlich zur Errettung Polens bedarf und welche ich vergeblich bei den großen Seigneurs in Warschau suche."

Die Witterung war derartig, daß sie die Einheimischen in Erstaunen setzte, es fror nicht, vielmehr schien die Sonne alle Tage und man konnte glauben, daß man sich in dem schönsten Herbst befände. Napoleon zögerte deshalb auch von Tage zu Tage mit seiner Abreise, so daß er schließlich durch volle 18 Tage sein Hauptquartier in Posen hatte, während welcher Zeit 8 Bulletins von ihm erschienen sind, und zwar zuerst am 28. November das 35. und zuletzt am 15. Dezember das 42.

(Schluß folgt.)

ein souveränes Recht; es wurde dem Außerpreußen dadurch klar und fühlbar, daß er in Preußen selbst kein Vaterland hatte. Aehnliche Bestimmungen galten in Sachsen, Hannover ꝛc. Die neue Bestimmung läßt allerdings noch manches zu wünschen übrig, und wir haden die Aufgabe, nach Kräften an der Weiterentwickelung des Entwurfs zu arbeiten; ist jetzt aus den Gründen, die wir gestern gehört, noch nicht Alles zu erreichen möglich, so nehmen wir den ersten Anfang der Grundlage zur Einheit, das volle gemeinsame deutsche Bürgerrecht wird sich daraus ergeben. — Es gehört jedoch noch mehr zur Gründung des Bewußtseins eines gemeinsamen Vaterlandes in der Masse; u. A. das freie Recht des Reisens nach allen Orten. Nach der bestehenden Gesetzgebung ist dieses Recht verschieden vertheilt an Leute, die einen guten Rock tragen und an Leute, die sich erst die Fähigkeit erwerben wollen, sich einen guten Rock anzuschaffen. Ich meine den Paßzwang, die polizeiliche Quälerei gegenüber den Handwerksgesellen und Arbeitern; und glaube, daß sich der Norddeutsche Bund nicht besser in das Bewußtsein der Masse einführen könnte, als durch die Aufhebung des Paßzwanges. Ich weiß es in der That nicht anders zu nennen, als eine Vergeßlichkeit, daß unter den verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung, die der Art. 4 der Kompetenz des Bundes zuweist, die Paßgesetzgebung ausgelassen ist, und hoffe, daß diese Anregung ausreichen wird, diese Lücke zu ergänzen.

Durch den Entwurf werden für die Bundesstaaten aufgehoben verschiedene Steuern für Konsumtions-Gegenstände; es werden der gemeinsamen Gesetzgebung zugewiesen die Patentgesetzgebung, der Schutz des geistigen Eigenthums, die Emission des Papiergeldes und die allgemeinen Grundsätze des Bankwesens. Hierbei vermisse ich aber die Zinsgesetzgebung. Ohne Befreiung des Zinsfußes ist aber ein normalentwickeltes Bankleben unmöglich; und gerade durch einen Beschluß dieser Versammlung würde man am besten über die Schwierigkeiten hinwegkommen, welche in Preußen der Aufhebung der Zinsbeschränkungen noch immer entgegengestellt worden sind. — Im Entwurf ist ferner Rücksicht genommen auf das Post- und Telegraphenwesen und das Eisenbahnwesen. Dieser Abschnitt aber thut meiner Meinung nach zu wenig in Feststellung der gesetzgeberischen Befugnisse des Bundes über das Eisenbahnwesen und zu viel in Feststellung der Tarife für die Eisenbahnen, wodurch eine rasche Entwicklung des Eisenbahnnetzes, die für das wirthschaftliche System von unendlichem Werthe ist, gehindert wird. Um so unbegreiflicher finde ich es, daß diese Zweige der Gesetzgebung am ersten Tage unserer Verhandlungen mit Ironie und Spott behandelt worden sind und ich muß gegen Ironie und Spott eine Gesetzgebung in Schutz nehmen, die seit langen Jahren der Gegenstand der Sehnsucht des deutschen Volkes gewesen ist. Es ist richtig und nöthig, daß wir alle unsere Kraft aufwenden müssen gegen eine übermäßige Ausdehnung der Militärlast. Ich begrüße deshalb mit Freuden eine Gesetzgebung, die es leichter macht, die Militärlast zu tragen, indem sie die jährlichen Erträge des Fleißes der Bevölkerung um viele Millionen erweitert und das Verhältniß der wirthschaftlichen Kraft zu den militärischen Lasten günstiger gestaltet.

Ich bin allerdings mit dem Abg. Waldeck der Ansicht, daß lediglich auf diese Gesetzgebung hin ein staatliches Gebäude nicht zu bauen ist. Denn außer der Marktgesetzgebung ist nöthig der Schutz des Marktes und hierzu der Schutz der nationalen Unabhängigkeit nach außen. Und in dieser Beziehung acceptire ich das staatliche Gebäude, das uns nach dieser Richtung hin eine gesicherte Zukunft verspricht. Um es mit einem Worte zu bezeichnen: es ist der deutsche Staat der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist die Grundlage des Staates, welcher durch den Verfassungs-Entwurf konstituirt werden soll, und es ist mir aufgefallen, daß in dieser Debatte noch nicht ein Wort darüber gesagt worden ist. M. H., diese Versammlung hier selbst ist das Werk der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine unbesiegbare Waffe, weil sie auf der Kulturentwickelung beruht (Beifall), weil sie eine Armee-Organisation hinstellt, welche die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gliederung, in allen Bestandtheilen des Heeres enthält, welche in sich faßt die ganze Kraft, die ganze Einheit und alle Mittel, welche die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesammtheit aufzuweisen hat. (Beifall) Es liegt ferne von mir, den Führern des letzten Krieges, welche uns so rasch zu glänzendem Siege geführt haben, zu nahe zu treten; sie sind in unserer Mitte und werden selbst Zeugniß ablegen können von der allgemeinen Wehrpflicht; sie werden selbst zugeben, daß ihre Dispositionen nur möglich waren im Vertrauen auf die nachhaltige Kraft der allgemeinen Wehrpflicht (Zeichen der Zustimmung von Seiten der Abgg. v. Steinmetz und v. Falckenstein); sie werden bezeugen, daß sie mit ihrer Tüchtigkeit nur hervorgewachsen sind aus der allgemeinen Wehrpflicht, auf welche wir Alle stolz sind. (Beifall.) Wenn nun der Herr Abgeordnete für Hannover gestern gesagt hat, daß ein so großes Heer in der Mitte von Europa eine permanente Bedrohung des Weltfriedens sei, so ist dies in gewisser Beziehung richtig; ich behaupte aber, daß gerade die allgemeine Wehrpflicht eine Garantie des Friedens ist. (Zustimmung.) Wenn wir nicht die allgemeine Wehrpflicht, sondern das Stellvertretungssystem hätten, wo eine Klasse zu den Waffen greift, die andere die Werke des Friedens übt, wo eine Klasse aus Ehrgeiz nach kriegerischen Erfolgen die Waffen ergreift, die andere die Lust hat, sie in den Kampf zu schicken, weil sie selbst nicht Theil daran nimmt, dann ist allerdings eine Bedrohung des Friedens vorhanden. Wenn aber die Wehrkraft den Interessen der Kultur angepaßt ist, dann ist eine solche Heeresmacht eine Garantie des Friedens. Wir sind groß genug, um uns zu schützen, um Deutschland nicht wieder zum Schlachtfelde Europa's werden zu lassen; wir sind aber auch kulturfreundlich genug, um nicht selbst eine Störung des Friedens zu veranlassen. (Beifall.) M. H., ich erkenne den Staat der allgemeinen Wehrpflicht an und bin mit vollem Herzen bereit, an seiner Gründung mitzuwirken und nehme alle Konsequenzen auf mich. — Die nächste Konsequenz ist die Feststellung des Präsenzstandes des Heeres auf 1 Prozent der Bevölkerung vom Jahre 1867 an; das Prinzip der Kontingentirung des stehenden Heeres; ich habe die Ueberzeugung, daß mit der allgemeinen Wehrpflicht kein anderes Prinzip vereinbar ist. Es giebt eine feste und sichere Grundlage für das Militärbudget, und wenn es auf festen Ziffern beruht, so wird bei der steigenden Bevölkerung die Last im Verhältniß zur Bevölkerung leichter, und wenn es die Aufgabe des Staates ist, alle Wehrfähigen auch wehrkräftig zu erhalten, so wird mit der steigenden Bevölkerung die Präsenzzeit abnehmen. Je mehr wehrfähige Soldaten aber die militärische Schule liefert, um so mehr Lehrer werden wieder für die Schule gebildet, um so größer also wird die Zahl der Berufssoldaten. So liegt in der Kontingentirung der Armee das Gesetz, daß mit der Kulturentwickelung die Lasten der Landesvertheidung leichter werden, indem die Schulzeit abgekürzt wird.

Die zweite Frage ist die über die Höhe des Prozentsatzes. 1 Prozent der Bevölkerung genommen werden nicht nach Maßgabe der arbeitskräftigen, sondern der gesammten Bevölkerung mit Weibern, Greisen und Kindern; wenn diese abgerechnet werden, so multiplizirt sich der Prozentsatz, um das Doppelte, wenn man Frauen und Mädchen, um mehr als das Vierfache, wenn man Kinder und Greise abzieht. 1 Prozent der Bevölkerung ist so viel, wie 4½ Prozent der arbeitskräftigen männlichen Bevölkerung; mehr als der 25. Theil derselben wird also permanent herausgeschnitten und kann nicht ersetzt werden durch andere Arbeitskräfte. Auch die Arbeitskräfte der Zurückbleibenden werden keineswegs vermehrt, sondern noch vermindert werden durch die Ausschneidung jener, da sich diese theilweise auf jene stützen und durch sie ergänzt werden. — Aber es ist allerdings dabei zu bemerken, daß die politische Lage, in welcher der Norddeutsche Bund im nächsten Jahre und in der nächsten Zukunft sich noch befindet es nicht möglich macht, in der nächsten Zeit schon eine wesentliche Erleichterung der Militärlast herbeizuführen. Wenn wir den Staat aufrecht erhalten wollen, den wir zu konstituiren im Begriffe stehen, und wenn wir das Ziel der Einigung von ganz Deutschland nicht aus den Augen verlieren wollen, so müssen wir noch Gewehr bei Fuß halten. — Das erkenne ich an; gleichwohl wird die Friedensstärke der Armee ein wesentlicher Theil unserer ernsten Berathung und ein Gegenstand unserer ernsten Sorge sein müssen. — Hierbei muß ich noch auf eine Unklarheit aufmerksam machen, die im Entwurfe enthalten ist. Es heißt darin, daß die Mannschaften der Marine den Einzelstaaten in Abzug gebracht werden sollen. Soll nun das Maß von 1 Prozent gelten für Heer und Marine zusammen, oder nur für das stehende Heer? Eine nähere Aufklärung hierüber wäre durchaus wünschenswerth.

Die *zweite Konsequenz* des Entwurfes kann ich aber nicht anerkennen; es ist die Feststellung des Pauschquantums für die Armeebedürfnisse; dieser Ausdruck scheint mir nämlich richtiger zu sein, als die Bezeichnung Normalbudget. Indeß sind wir auch hierin durch die gestrige Verhandlung schon weiter gekommen: es ist zugegeben worden, statt des Pauschquantums eine Spezialisirung des Etats, so wie, daß die permanente Feststellung des Etats nur als Zwischenstadium betrachtet werden soll, als Uebergangsstadium zu dem von den Regierungen prinzipiell anerkannten Ausgabewilligungsrechts des Reichstages. Noch ein anderer Grund spricht gegen ein solches ein für allemal festgestelltes Pauschquantum. Wenn man dem Volke die schwere Last der allgemeiaen Wehrpflicht und die schweren Kosten des Militäretats aufbürdet, so muß es Aufgabe der Gesetzgebung sein, immer und immer wieder diese Lasten und die Nothwendigkeit derselben in das Bewußtsein des Volkes zurückzurufen; und dies wird am besten geschehen durch die Berathung des Armee-Etats. Sonst wird das Volk entfremdet der Pflicht, die ihm obliegt, wenn es nicht selbst die Nothwendigkeit der Last einsieht. (Ruf: Sehr wahr.) So liegt das parlamentarische System nicht blos im Interesse des Volkes und seiner Vertretung; es liegt erst recht im Interesse der Exekutive und der Staatsgewalt. Denn nur dadurch, daß man die Nothwendigkeit der Lasten einsieht und sie deshalb mit Freudigkeit auf sich nimmt, kann die Kluft zwischen Volk und Regierungsgewalt ausgefüllt werden, nur dadurch kann der gefährliche Gegensatz zwischen der alleinstehenden Exekutive und dem die Lasten tragenden Volke ausgeglichen werden, der, wenn er nicht gemildert wird, zu großen Erschütterungen führen kann. Das ist die wahrhaft konservative Kraft des parlamentarischen Systems, und hinfällig ist der Staat, dem diese Kraft nicht beiwohnt. (Beifall.) Ich bin nun freilich nicht der Meinung, daß wir im Stande sind, sofort einen fertigen, systematisch durchgearbeiteten Verfassungsentwurf herzustellen. Alle unsere Arbeit ist bloßes Stückwerk; wir können damit der Geschichte, der Zukunft nicht vorgreifen. Und wenn wir nicht das Vertrauen haben auf die politische Bildungskraft unseres Volkes, so ist alle unsere Arbeit vergeblich. Die Kultur, die Einsicht, die Großherzigkeit im Volke sind die Elemente, denen wir die Zukunft unseres Vaterlandes anvertrauen müssen. Unsere Aufgabe ist es, die Keime hierfür zu schaffen; wenn wir unserem Volke nicht die Kraft zutrauen, diese Keime zu entwickeln im Sinne nationaler Freiheit, dann verstehe ich nicht, wie wir uns für parlamentarische Verhandlung überhaupt noch interessiren können. (Beifall.)

Abg. *Schulze*-Berlin (gegen den Entwurf): M. H! Wenn es darauf ankommt dem deutschen Volke eine Gesammtverfassung zu geben, dann werden allerdings wesentliche Attribute ihrer Macht nicht blos von den Regierungen der Einzelstaaten, sondern auch von den einzelnen Landesvertretungen geopfert werden müssen. Ich freue mich aufrichtig, daß das Doppelgesicht, welches der Entwurf uns zeigt, nach einer Seite hin den Forderungen der nationalen Konstituirung entspricht, nämlich in der Zusammenfassung der nationalen Kräfte nach außen hin, und die Bedenken, die gegen Einzelnes erhoben werden, sind auch in der That nur formaler Natur. Man kann die Stellung des Bundesfeldherrn immerhin als ein Bundesamt auffassen, das hindert nicht, daß thatsächlich die Uebertragung der Militärhoheit an die Krone Preußen stattgefunden hat, und damit bin ich einverstanden. Dagegen aber sollte die Feststellung der Rechte des Volks, namentlich des Budgetrechtes eine billige Berücksichtigung finden, nach dieser Seite hin ist aber das Doppelgesicht des Entwurfs wenig zufriedenstellend. Die kollegialische Exekutive, welche in dem Bundesrathe ihren Ausdruck findet, hindert die Einsetzung eines verantwortlichen Organs, und da in den Einzelstaaten selbst verantwortliche Regierungen bestehen, so ist nicht einzusehen, weswegen die Regierung in der konstitutionellen Gesammtheit nicht eine verantwortliche sein sollte. Was hatte auch die volle Mitwirkung des Parlaments in allen Zweigen der Gesetzgebung noch an Sinn und Zweck, wenn nicht der Regierung die Verantwortlichkeit auferlegt werden kann, daß nach diesen vereinbarten Gesetzen, nach diesem gemeinschaftlich festgestellten Budget auch wirklich regiert werden soll? Was in aller Welt kann unsere Mitwirkung bei der Gesetzgebung uns nützen, wenn für die genaue Ausführung die Regierung uns nicht verantwortlich ist, die Verantwortlichkeit der Organe der Exekutive ist der Schlußstein des konstitutionellen Systems; sie darf in demselben nicht fehlen, ebensowenig wie ein Rad in einer Maschine fehlen darf, wenn dieselbe nicht gerade da, wo es gilt, den Dienst versagen soll (Sehr richtig!). Spricht man uns aber von den Schwierigkeiten, die der Einführung der Ministerverantwortlichkeit angeblich entgegenstehen, nun m. H., dann meine ich doch, daß die gegenwärtige preußische Regierung bereits größere überwunden hat und demnach auch diese wird überwinden können. Freilich meint man auch, daß die Ministerverantwortlichkeit praktisch doch nicht wirksam sei, aber die Geschichte zeigt uns doch Beispiele, daß diese Verantwortlichkeit geltend gemacht worden ist und jedenfalls hat sie den Vortheil, daß sie zur rechten Zeit das Gewissen der Minister mahnt. Lehrt uns nicht die letzte preußische Geschichte, daß Staatsmänner sich gedrungen fühlen können, vom Amte zurückzutreten, weil sie scheuen, gewisse Maßregeln mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken? Und wäre denn, wenn nicht wenigstens das Prinzip der Verantwortlichkeit in die preußische Verfassung aufgenommen wäre, das Indemnitätsgesuch der preußischen Staatsregierung erfolgt, das den Konflikt mit der Volksvertretung schloß? Ist ferner nicht der Erfurter Verfassungsentwurf einer solchen Verantwortlichkeit schon näher getreten? Wohl gab es auch dort ein Fürsten-Kollegium, in einzelne Gruppen zusammengefaßt, aber seine Befugnisse griffen nicht in die Exekutive über und beschränkten sich auf seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Glaubt man denn nicht, daß es den Regierungen viel mehr Besorgniß gemacht hat, ihre Militärhoheit abzutreten, als ihnen je die Ministerverantwortlichkeit bereiten könnte? Alles drängt darauf hin, dadurch ein wirkliches Verfassungswerk zu schaffen, und die Stellung der preußischen Regierung ist heute viel stärker als in Erfurt Ueberdies wissen wir aus dem Schlußprotokoll, daß mehr als ein Vertreter der verbündeten Fürsten auf solche Konzession selbst hingewiesen hat, und wie die Dinge heute liegen, werden die Regierungen gewiß begreifen, daß ihre Sonderexistenz im Kampfe gegen die Rechte der Nation am schlechtesten fährt.

Was nun den Militäretat betrifft, so glaube ich, daß der Ministerpräsident seine Forderungen nur für ein Uebergangsstadium stellt, und will über denselben deshalb nichts bemerken und lieber den Ausführungen des Vorredners über die allgemeine Wehrpflicht noch Einiges hinzufügen. Wenn die Gründung der Finanzkraft des modernen Staates auf eine allgemeine Steuerpflicht nothwendig dazu führen müßte, daß das Volk seine Mitwirkung für die Feststellung der Steuern in Anspruch nahm, so ist dies noch mehr der Fall bei der allgemeinen Wehrpflicht. Die Pflicht des Mitthatens in Militärangelegenheiten, die an Jeden herantritt, legt die Forderung des Mitrathens auch wahrlich nahe genug. Darin hat der Vorredner vollkommen Recht, wenn er sagt, daß die allgemeine Wehrpflicht das stärkste Bollwerk gegen den Absolutismus sei. Ja, meine Herren, wenn man uns in Süddeutschland früher oft vorgeworfen hat: Wir haben Verfassungen, Ihr Preußen, und Ihr habt ein Exerzier-Reglement, dann habe ich dem Süden wohl zugerufen: Ohne unsre Wehrverfassung hättet Ihr alle Eure Verfassungen nicht bekommen; wir sind es gewesen, welche die Möglichkeit für Eure Verfassungen erst gegründet haben. (Bravo.) — Für das Budgetrecht finden sich in dem Entwurfe einige Andeutungen, die aber kaum über den Rang verkümmerter Ansätze sich erheben, unsere Aufgabe wird es sein, jeden Keim wirklichen Verfassungslebens, der in dem Entwurfe liegt, zu fördern und den Durchbruch des Rechtsstaats zu unterstützen. Unsere Forderungen sind bescheiden genug, trotzdem müssen wir uns von dem Vorsitzenden der Bundeskommissarien den Vorwurf des parlamentarischen Partikularismus gefallen lassen. Nun, meine Herren, was wollen wir denn, wir Liberale des preußischen Landtags? Doch nichts Anderes, als die Rechte, welche dem preußischen Landtage zustehen, der Gesammtheit des Bundes zu sichern. Es ist in der That ein etwas kühner Griff in die begriffsmäßige Unterscheidung, wenn man unsere Stellung als eine partikularistische qualifizirt. Ich verweise auf die Adresse an den König, in der wir als Antwort auf die Thronrede bei Eröffnung des Landtags sagten, daß, wenn wir wesentliche Rechte opfern müßten, wir dagegen verlangen, diese Rechte der Gesammtheit gesichert zu sehen. Diese Kundgebung hat damals Niemand, auch die Königliche Staatsregierung nicht für Partikularismus gehalten. Und wenn wir dies verlangen, weiß man denn nicht, daß der ganze Zug des alten deutschen Lebens und unsere ganze nationale Entwickelung auf die Schaffung eines Reichsstaates hindrängt? Weiß man denn nicht, daß, wenn die Fundamentalsätze des Verfassungsstaates nicht zum Grundstein des Neubaues gemacht werden, die Einheit nicht gelingen, dagegen der Partikularismus, den wir bekämpfen, gefördert wird? Wenn ein Gesammtstaat gegründet wird, dann ist doch eben seine Spitze von wesentlichstem Einfluß auf die Einzelstaaten. Wie können Sie den konstitutionellen Einzelstaaten eine Spitze geben, die nach dem Absolutismus hinneigt! Wird sie nicht ganz unwillkürlich diese Tendenz auf die Einzelstaaten zu übertragen suchen, muß sie es nicht um ihrer eigenen Existenz willen? Schaffen Sie nicht mit so einander widerstrebenden Elementen mit Nothwendigkeit den Konflikt und legen Sie so nicht in die Verfassung selbst den Keim zur Zerstörung des Gesammtstaates hinein? (Zustimmung.) Meine Freunde und ich werden gewiß der Schaffung des Gesammtstaates bis an die Grenzen des Möglichen entgegenkommen, aber darüber hinaus verlange man nichts. —

Ich komme nun zu einigen Einzelheiten. Wenn der Vorredner dem Abgeordneten Waldeck vorwirft, daß er die materiellen Interessen gering schätze, so gehört bloß eine geringe Kenntniß der parlamentarischen Geschichte Preußens dazu, um zu wissen, mit welchem Eifer Waldeck überall, wo ihm dazu Gelegenheit ward, diesen Interessen die Hand geboten hat. Es ist einfach ein künstlich herbeigezogenes Mißverständniß. Wenn Waldeck in der Art, wie er es gethan hat, von einem Zollparlamente sprach, so hat er damit sagen wollen, daß mit diesen materiellen Interessen allein, die ich, meine Herren, gewiß zu schätzen weiß (Zustimmung), die deutsche Sache nicht zum Ziele geführt wird. Er hat die Befriedigung des Rechtsbewußtseins der Nation verlangt und für die bloßen materiellen Interessen den Verfassungsapparat, der uns vorliegt, zu groß gefunden. Dazu hätte ein kleinerer genügt. Gewiß muß man die materiellen Interessen schätzen, sie sind die Basis des Kulturlebens, aber das deutsche Volk verlangt auch ideale Güter, und gerade das Festhalten an der Höhe der Idee, an dem es in der Reformation sich fast verblutet hat, weist Deutschland einen erhabenen Rang an, und macht es, damit die Idee als Gegengewicht zu dem materiellen Interesse immer hochgehalten werde, zu einer europäischen Nothwendigkeit (Bravo). Wenn der Abgeordnete Miquel meinen Freunden und mir zum Vorwurf macht, wir hätten in unserem langen Verfassungskampfe mit der Regierung wohl die nöthige Unbefangenheit der heutigen Lage gegenüber verloren, so habe ich ihn wenigstens verstanden; (Ruf: Sehr wahr!) nun dann meine ich, von dem Abschluß jener Kämpfe braucht man es doch nicht abhängig zu machen, um gleich bis an die Grenze der Aufopferung wesentlicher Rechte zu gehen, und ich könnte dem Abgeordneten Miquel und seinen Freunden mit demselben Rechte vielleicht sagen, daß sie, die so lange Jahre hindurch im Kampfe mit dem Partikularismns gestanden haben, der neuen Lage gegenüber auch nicht Anspruch auf die volle Unbefangenheit erheben könnten (Sehr gut). Doch lassen wir diese Dinge, sie nutzen der Sache im Augenblick sehr wenig. Wir haben die Männer, die so gut wie wir in Preußen eine Geschichte haben in den Verfassungskämpfen ihrer Länder mit Freuden begrüßt und gehofft, daß sie bei dem Ausbau der Verfassung uns eine wirksame Hülfe leisten werden. Ueber allen andern Rücksichten steht bei uns die Verpflichtung, große und wesentliche Rechte unseres Volkes und zwar Rechte, die es bereits besitzt, (sehr richtig) nicht gefährden zu lassen. Man hat gut reden, die Nothwendigkeit von Kompromissen hervorzuheben. Wie schließt man denn Kompromisse? Gehen Sie doch in die Geschichte zurück, namentlich in die englische, wo man Kompromisse doch nicht dadurch ermöglicht hat, daß die eine Partei schon bei Beginn des Kampfes nachgegeben hat, sondern dadurch, daß jede der Parteien so lange Stand hielt, bis beiden die Ueberzeugung kam, daß ein gegenseitiges Nachgeben das Gerathenste sei. Wer anders handelt, der kompromittirt nur die Sache, für die er kämpft und sich selbst. (Bravo!)

Dann m. H. hat man in die Debatte eine Phrase hineingezogen, die mir die bedenklichste von Allen scheint: durch Einheit zur Freiheit! diese Phrase ist gerade so richtig, wie die umgekehrte: durch Freiheit zur Einheit! Sie treffen beide nicht zu, wenn Sie die Situation ins Auge fassen und den Charakter des deutschen Volkes. Nicht auseinander, sondern nebeneinander und ineinander laufen in Deutschland die Wege der Freiheit und Einheit. (Zustimmung.) Die Aktion nach außen, welche die Haupthindernisse der Einheit niederwarf, liegt hinter uns; jetzt liegt uns ob, die Früchte derselben durch Herstellung des inneren Landesrechtes zu sichern. Wir können aber diese Verfassungsarbeit nicht in so kurzer Zeit abmachen, wie unsere Feldherrn ihre Feldzüge, und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch das von der Lokomotive gebrauchte Bild berichtigen. Es scheint allerdings, als ob vor unserer Viktoria die vier Rosse abgespannt und die Lokomotive vor den Siegeswagen gespannt wäre, mag es sein, aber vor den Verfassungswagen dürfen wir sie nicht spannen, sonst schaffen wir nicht auf die Dauer. M. H.! Die Konstituirung Deutschlands ist eine Verrückung des Schwerpunkts in ganz Europa. Schwere Kämpfe stehen uns bevor und man soll deshalb wohl daran denken, was es gilt. Wenn der Einzelne in's Feld zieht, bestellt er sein Haus, soll man nicht ein Gleiches thun, wenn ein ganzes Volk in den Kampf eintreten muß? Geben Sie dem Volke, was es braucht und Sie werden bewirken, daß jeder Einzelne freudigen Muthes und mit dem vollen Bewußtsein dessen, was es gilt, in den Kampf zieht. Geben Sie dem deutschen Volke in der Einheit die Hoffnung der Freiheit und die Einheit wird auf felsenfestem Grunde stehen. (Bravo!) Noch einen Punkt! Wenn Preußen bisher die ganze Schwere der Vertheidigung Deutschlands zu tragen hatte, so faßt es jetzt in der Zentralgewalt die Kräfte des Norddeutschen Bundes zusammen. Eine größere, schönere und ehrenhaftere Aufgabe ist nie an eine Regierung herangetreten, als jetzt an die Krone Preußen, aber möge sie sich klar machen, daß sie nie dauernde Wurzel in den Herzen des Volkes fassen wird, wenn dieses Volk nicht sehen wird, daß die Zentralgewalt nicht blos der Hüter nach Außen ist, sondern auch der Hort der Freiheit im Innern. Erst dann ist sie fest begründet. Zum Schlüsse wende ich mich an das Wort des leitenden Staatsmannes, daß wenn ihm in diesem Augenblicke nicht die Gründung des Bundes gelinge, er das Werk anderen Händen überlassen werde. Die Bedeutung dieses Wortes wird Niemand unterschätzen, aber ich erlaube mir doch, dagegen manchen bescheidenen Zweifel zu erheben. Jetzt fängt ja erst die große Aufgabe dieses leitenden Staatsmannes an. Sie können ihm großes Geschick in der Einleitung dieser Dinge zugestehen, aber die schaffende Idee ist erst in diesem Augenblicke zu verwerthen. Ich kann mir nicht denken, daß ein Mann von seiner Kühnheit und Energie jetzt sein Werk verlassen kann; er hat doch sonst nicht große Einsätze gescheut, wie käme er dazu, sie bei der Krönung des Werkes zu fürchten. Wenn aber doch, nun so steht das Werk selbst höher, als die Person; uns drängt die Nothwendigkeit, Preußen vorwärts zu bringen; still stehen dürfen wir nicht, denn Stillstand heißt Rückschritt. Preußens Erfolge haben alle Machtstellungen verschoben, das ganze europäische Dynastienthum wankt und zittert, und steht gegen uns auf der Lauer. Zurück können wir nicht mehr, vorwärts müssen wir, und wir haben dabei nur einen dauerhaften Bundesgenossen, das deutsche Volk, Sie wissen, daß dem Ministerium der moralischen Eroberungen das der That gefolgt ist, aber wenn das Ministerium der That jetzt nicht zu dem der moralischen Eroberungen wird, dann löst es seine Aufgabe nicht. Die Zeit ist gekommen, solche Siege denen des Schwertes anzureihen, darüber kommen Sie nicht hinweg. Wir sind ja nicht ein Volk, daß wie unsere Nachbarn durch eitle Prestige geblendet wird, wir kämpfen um die Bedingungen unserer politischen und wirthschaftlichen Entwickelung. Dies muß der leitende Staatsmann begreifen, und thut er es nicht, so können wir ihm, nicht er uns das Mißlingen des Werkes zuschreiben. (Zustimmung.) Ihm ist Vieles und Großes gelungen, aber gelingt es ihm nicht, unter der jetzigen Gunst der Verhältnisse die Konstituirung Deutschlands zu bewirken, dann sagen wir ihm: er verstand es wohl, den Geist zu beschwören, aber nicht ihn zu befriedigen. Eine Bürgerkrone, schöner und ehrenvoller als je eine andere winkt dem Mann, aber sie wird ihm nicht zu Theil, wenn er diese Lösung nicht findet. Helfen wir ihm dazu, soweit wir können, aber wir können ihm nun und nimmermeht die Lösung zugestehen, durch Preisgebung der Verfassung des preußischen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Freiherr v. *Zehmen* (für den Entwurf): Man wirft uns einen specifisch sächsischen Partikularismus vor, der sich vom Norddeutschen Bunde loszumachen suche; ich kann nur einfach erklären, daß diese Anschuldigung nicht begründet ist, und ich hoffe, daß Sie Alle, und daß namentlich auch der Herr Abg. Braun, der uns gestern eine kleine Standpauke hielt, sich im Laufe der Zeit davon überzeugen werden. Im Gegentheil bin ich und sind meine Freunde mit dem guten ernstlichen Willen hergekommen, nach besten Kräften mitzuwirken daran, daß das Norddeutsche Verfassungswerk seinen Abschluß erhält. Allerdings gehen wir dabei von der Erwartung aus, daß man nicht, wie das bei manchem der Herren Vorredner der Fall zu sein scheint, die Berathungen damit beginnt, daß man das Zustandekommen des Bundes selber dadurch negirt, daß man ein anderes Ziel, den Einheitsstaat im Auge hat. In dieser Beziehung habe ich mich zunächst gegen den Herrn Abg. Waldeck zu wenden, der es offen ausgesprochen, daß er den Einheitsstaat wolle; der behauptet hat, daß die Bevölkerung auch außerhalb Preußens gleichfalls den Einheitsstaat wolle. Meine Herren, ich muß dem mit Beziehung auf mein Heimathsland widersprechen. Das sächsische Volk will keine politische Selbstentleibung an sich vollziehen lassen. Aber es wird seine Verpflichtungen gegen den Norddeutschen Bund erfüllen, denn es ist unser eigenes Interesse. Ich glaube auch nicht, daß das unbedingte Centralisiren im eigenen Interesse Preußens liegt; der Herr Präsident der Bundeskommission hat das neulich selber erklärt, und seine Worte wiegen natürlich schwerer, als die meinigen; aber dies Centralisiren liegt auch nicht im Interesse des Norddeutschen Bundes, dem es vielmehr vor allen Dingen darauf ankommen muß, eine feste Rechtsbasis zu gewinnen. Es liegt endlich nicht im Interesse der süddeutschen Staaten, denen bei einer weniger straffen Form die Annäherung an den Bund leichter gemacht wird. Wir sächsischen Abgeordneten haben allerdings eine eigenthümliche Stellung in diesem Saale und müssen um Ihre Nachsicht bitten. Der Eintritt unseres Landes in den Norddeutschen Bund erfolgte nicht nach seinem freien Willen. Ich bekenne es ganz offen, daß mir die Gründung des Norddeutschen Bundes keine Lösung der deutschen nationalen Frage scheint. Allein weltgeschichtliche Thatsachen sind eingetreten, das Schwert hat gesprochen; wir müssen uns den Thatsachen unterwerfen. Mit dem Eintritt Sachsens in den Bund aber begründet sich eine Solidarität der Interessen zwischen uns und dem Bunde, die uns im Laufe der Zeit immer fester verknüpfen wird. Wir haben fortan eine feste politische Stellung; eine Stellung, die fortan ein Schwanken nach rechts und links nicht mehr zuläßt. Eine speziell sächsische Politik ist nicht mehr nöthig, weil sie keinen Zweck mehr hat; daß noch eine kleine Mißstimmung nach dem Kriege im Lande herrscht, nun, das müssen Sie uns nicht übel nehmen; die Zeit wird auch diese Wunden heilen. Also darüber lassen Sie uns kein Wort mehr verlieren.

In der Sache selber kann ich mich ziemlich kurz fassen. Betrachte ich ganz einfach die Thatsachen, auf Grund deren der Norddeutsche Bund sich erbaut, so muß allerdings ein Gebilde entstehen, daß in der Weltgeschichte noch nicht existirt hat. Wir haben hier einen Bundesstaat, dessen einzelne Theile weder gleiche

(Fortsetzung in der Beilage.)

Berechtigung noch gleiche Gewalt haben, wo ein einziger Staat mit 24½ Millionen 21 anderen Staaten mit 5 Millionen gegenüber steht. Gewisse Bestimmungen des Entwurfs ergeben sich demgemäß von selber, ergeben sich ferner aus der Natur eines Bundesstaates. Daß wir es hier vorzugsweise mit einer Reihe von Staatsverträgen zu thun haben, möchte ich an und für sich nicht tadeln. Ich bin vielmehr gerade mit Bezug auf diejenigen, welche gegen den Entwurf sich erklären, weil sie gewisse Bestimmungen der konstitutionellen Schablone darin vermissen, also z. B. die Minister-Verantwortlichkeit, hier erklären, daß ich der Meinung bin, wer die Frage, was nach der Ablehnung des Entwurfes geschehen solle, nicht beantworten kann, daß der überhaupt die Ablehnung nicht verantworten kann. Allerdings glaube ich, daß die Kompetenz der Volksvertretung weit ausgedehnter sein müßte, als der Entwurf sie bietet. Freilich wird durch die gestrige Erklärung des Herrn Minister-Präsidenten die Grundlage desselben sehr geändert. Viele meiner Bedenken, die ich Anfangs gegen den Verfassungs-Entwurf hatte, sind theilweise dadurch, theils durch die hier geführte Debatte schon jetzt geschwunden und ich hoffe, daß manche zweckmäßige Modifikation in den Entwurf noch hineingebracht werden kann, die sich bei der Spezialdebatte näher herausstellen wird.

Abg. v. Mallinckrodt (gegen die Vorlage. Die Bänke des Hauses leeren sich. Graf Bismarck ist eingetreten): Mir liegt die Pflicht ob, auch einige Worte dem religiösen Gesichtspunkte zuzuwenden, mit dem wir an diese Berathung herantreten. Die katholische Kirche als solche dankt es dem hochseligen Könige, daß sie sich einer freieren Bewegung erfreut, als selbst in Süddeutschland. Die Katholiken haben allerdings noch diese und jene Gravamina und haben die Besorgniß, daß das ungünstige Verhältniß, in dem sie sich in der Gesammtzahl des Norddeutschen Bundes befinden, von nachtheiliger Wirkung sein wird. Indeß wie es heute den Protestanten nirgends besser geht als in Bayern, so hoffe hoffe ich, daß auch wir Katholiken im Norddeutschen Bunde diesem Zeitpunkte nicht ferne sind. — Mißlicher aber scheint es mir bei dieser Konstituirung mit der allgemeinen Gerechtigkeit zu stehen. Ich halte es mit dem alten Satz: Justitia est fundamentum regnorum. Bisher habe ich jedoch bei den Thatsachen, auf Grund deren wir hier sind, diese justitia nicht zu finden vermocht, und würde mich freuen, wenn mich Jemand von meinem Irrthum überzeugen wollte. Ich habe grade gesehen, daß das Prinzip der Zweckmäßigkeit in der Politik Preußens Ausdruck findet. Die Belege dazu liegen nahe. In Schleswig-Holstein begann der Krieg um die Befreiung des Landes gegen die unberechtigte Herrschaft des dänischen Königs. In London wurde das Recht des Herzogs von Augustenburg behauptet; als dieser aber Bedenken trug den Zumuthungen, die man an ihn stellte, zu entsprechen, bestritt man sein Recht, hütete sich aber wohl, das eigene Volk und den Bund entscheiden zu lassen. Ohne Krieg eignete sich Preußen das Land zu und leitete das Recht hierzu von dem nicht berechtigten König von Dänemark ab. Ich halte das für schlimmer als nackte Eroberung, denn der Befreier wurde zum Vergewaltiger. In den deutschen Dingen sehe ich den weiteren glänzenden Sieg und und die Verstärkung der preußischen Macht, aber auf der anderen Seite die Zerreißung des einzigen, wenn auch schwachen Bandes, dss die ganze Nation umschloß und das Deutschland einen langen Frieden gegeben hatte. Ich sehe ferner die Abtrennung der östreichischen und niederländischen Bundesländer, ich sehe die Entthronung dreier Fürsten, die Konfiszirung der freien Stadt Frankfurt, und mehr oder minder die thatsächliche Mediatisirung sämmtlicher übrigen Fürsten, und das Alles ohne gerechten Anlaß. Preußen war nicht gedrängt zum Kriege. Seit Jahren war es bestrebt, jede Thätigkeit des deutschen Bundes im Keime zu ersticken. Es war die Krone Preußens nicht in der Defensive gegen den Bund, sondern umgekehrt der Bund und Oestreich waren in der Defensive gegen das unberechtigte Vorgehen Preußens in den Herzogthümern. Vor dem Kriege herrschte überall die Ueberzeugung vor, daß das Unrecht auf Seite Preußens sei. (Ruf: Oho!)

Die glänzenden Machterfolge haben die Stimmung allerdings wesentlich umgestaltet, so weit umgestaltet, daß sogar manche früher heftige Gegner dieser Politik nur noch da zu sein scheinen, um den Triumpfwagen des Siegers zu schmücken. Diese Stimmung reicht selbst in die ehemals feindlichen Länder hinein. Allein das bringt mich nicht gleichfalls dahin; ich halte fest an dem Recht um der ewigen Gerechtigkeit selber. Ich folgere aus dem Siege nicht, daß der Sieger Recht hat, wohl aber folgere ich, daß der Gott der Schlachten seine sehr guten Gründe gehabt haben muß, um sich so zu entscheiden. (Heiterkeit.) Ich halte fest an dem Satze, daß die Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit auch für die Diplomaten und Staatsmänner obenan stehen. Allein wie es auch mit meiner rechtlichen Ueberzeugung stehen mag, ich muß mich auf den Boden dieser Thatsachen stellen. Auf diesem Boden habe ich die Zweckmäßigkeit des Verfassungsentwurfs zu prüfen. Der Herr Graf Bismarck erwähnte neulich der 600jährigen Leidensgeschichte Deutschlands. Ich glaube, die Zahl war wohl nicht mit Vorbedacht so gegriffen, denn ich kann ungeachtet seiner lebhaften Apologie der gegenwärtigen Regierungszustände in Hannover unmöglich voraussetzen, daß die Vorliebe für das Faustrecht und die Abneigung gegen das Haus Habsburg bei ihm so groß sei, um die Leidensgeschichte Deutschlands von daher zu datiren, wo Rudolf von Habsburg die Burgen der Raubritter traf. Sein eigentlicher Gedanke steht wohl in Uebereinstimmung mit der Meinung, die auch manche Historiker ausgesprochen haben, und geht dahin, daß die Gesammtentwickelungsgeschichte Deutschlands mehr oder minder verfehlt sei während des ganzen tausendjährigen Bestehens des deutschen Reiches. Dieser Auffassung stelle ich die Auffassung desjenigen Staatsmannes gegenüber, der dem Parlamente von 1850 den damaligen Verfassungsentwurf vorlegte. Der General v. Radowitz erklärt in einer seiner Schriften, er beklage die Zertheiltheit der deutschen Nation unter verschiedene Fürstenhäuser durchaus nicht; die reichen Ströme des deutschen Geistes hätten dadurch erst ihre rechte Verbreitung gefunden.

Grade in dieser Thatsache liege die Mannigfaltigkeit des deutschen Geistes. Diese beiden Auffassungen zeigen gewiß ein sehr verschiedenes Verständniß der deutschen Geschichte. Es ist der Gegensatz des Einheitsstaates zum Bundesstaate, des Großpreußens zu Deutschland, der Union von 1850 zum Verfassungsentwurf von 1867. Damals wollte man nur den Bundesstaat, und es fehlte damals auch nicht an Bundesgliedern. Jetzt findet man eigentlich nur das alte Preußen mit etwas breiteren Schultern, stärkerer Taille und darüber den leichten deutschen Rock; aber etwas wesentlich Anderes als den Einheitsstaat kann man unmöglich beabsichtigen, sonst hätte man die Annexionen nicht vornehmen können. Ich unterscheide zwischem deutschem und preußischem Geist. Deutsche Mannigfaltigkeit und deutsche Freiheit sind Begriffe, die Jedermann leicht faßt. Reden sie aber von preußischer Mannigfaltigkeit, so ist die nicht da, die preußische Freiheit dagegen ist von jungem Datum und hält mitunter ein Schläfchen. Reden Sie aber von preußischer Ordnung, Disziplin, Uniform, so versteht das jedes Kind. Ich bin weit entfernt nach der einen oder anderen Seite hin irgend einen Vorwurf aussprechen zu wollen, ich halte beide Richtungen für vollständig berechtigt, allein ich ziehe daraus den Schluß, daß eine gesunde Entwickelung die Berücksichtigung beider Geistesrichtungen zur wesentlichen Vorbedingung hat, und diese gleichartige Berücksichtigung ist nach meiner Auffassung nur möglich im eigentlichen Bundesstaate. Im Einheitsstaate wird der preußische Geist sich in einer Weise geltend machen, daß er in den westlichen und noch mehr in den südlichen Landestheilen eine Reaktion hervorrufen wird, die entweder in dem Militär-Regiment oder in revolutionären Bestrebungen zum Ausdruck kommen wird. Trotzdem treiben wir dem Einheitsstaat unverkennbar entgegen. Diese Richtung hat durch die Annexion einen Vorsprung gewonnen, der kaum wieder zu beseitigen sein wird. Wenn aber im Norddeutschen Bund dies bundesstaatliche Element nicht zum Leben geweckt wird, so wird der Süden in dies Verhältniß nicht eintreten können. Die Regierung hat allerdings keine auf den Einheitsstaat zielende Andeutungen gemacht, aber sowohl in der Presse wie hier im Hause sind Stimmen dafür laut geworden. Später hat man allerdings erklärt, man habe nur moralische Eroberungen gemeint, aber es wird ja stets so lange Frieden gepredigt, bis die Heere marschieren und dann findet sich immer das Publikum, das vollständig einverstanden damit ist. Deswegen glaube ich, daß der deutsche Einheitsstaat noch lange das Ziel des Strebens sein wird, kann aber nicht anerkennen, daß dies der Nation förderlich sei; ich sehe darin keinen Gewinn, sondern einen Verlust und werde daher, wie ich kann, dieser Richtung entgegentreten. Deshalb werde ich mich zwar den Bemühungen anschließen, den Entwurf im Sinne einer bundesstaatlichen Verfassung zu modificiren, und wen dies geschieht, dem Entwurfe auch mit meinem Votum mich anzuschließen, muß aber allerdings gestehen, daß meine Hoffnung, dies Ziel zu erreichen, nur eine geringe ist.

Bundeskommissar Graf Bismarck: Wenn ich die Behauptung des Hrn. Vorredners, daß Preußen im vorigen Jahre einen Krieg gesucht hat, den es hätte vermeiden können, nicht anders als im Wege der einfachen Verwahrung zurückweise, so werden Sie, meine Herren, alle die Gründe begreifen, die mich abhalten, hier an dieser Stelle Wunden aufzureißen, die kaum vernarbt sind. — Da ich einmal das Wort genommen habe, will ich mich zweitens gegen das Zeitmaaß verwahren, welches der Vorredner mir für die Ereignisse der deutschen Geschichte beilegt. Wenn ich neulich von einer 600jährigen Leidensgeschichte der deutschen Nation gesprochen habe, so ergiebt eine einfache Rechnung, daß der Anfang dieses Zeitpunktes hinter Rudolf von Habsburg zurückgreift; ich habe ihn vom Sturz der Hohenstaufen an gerechnet, und, wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat einen kleinen Seitenhieb zu Gunsten der Raubritter dabei einfließen lassen. Meine Herren! woher kamen denn die Raubritter? Von der Zerrüttung des deutschen Reiches, wie Sie wissen. Woher diese Zerrüttung? Vom Abfall der Welfen und dem Sieg der Ultramontanen! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. v. Vincke-Olbendorf (für die Vorlage:) Mit freudiger Hoffnung betrete ich diese Stelle, da der Verlauf der bisherigen Debatte und die Erklärungen des Vorsitzenden des Bundespräsidiums zu der Hoffnung berechtigen, daß gerechte Bedenken gegen den Entwurf und billige Wünsche befriedigt werden, daß der Entwurf mit Majorität angenommen und der Norddeutsche Bund in einer Deutschland befriedigenden und Europa imponirenden Weise zu Stande kommen wird. Die Feststellung des Militäretats für eine gewisse Reihe von Jahren ist unerläßlich, wenn Preußen in das Bundesverhältniß eintreten soll, nach der gestrigen Erklärung des Grafen v. Bismarck muß sie wenigstens für ein Uebergangsstadium gesichert sein. Er hat ferner die Vorlegung des Militärbudgets nicht versagt. Für Preußen tritt mit dem Prozentsatz des Entwurfs eine Erleichterung ein, die einer Verminderung der Armee um 13,000 Mann und einer Ersparung von 3 Millionen Thaler entspricht. Die Ziffer von 225 Thlr. pro Mann ist zwar höher, als sie nach dem Durchschnitt des letzten Militäretats sich belaufen würde; aber dieser Etat beruhte auf einer Ersparung von 2½ Millionen, die sich in Zukunft nicht wiederholen wird. Was die Mitwirkung des preußischen Landtags bei der Feststellung des Militäretats betrifft, so waren seine Anstrengungen für die Positionen, auf die sich die Kritik der Majorität warf, nicht nur fruchtlos, sondern wir müssen der Regierung noch dafür danken, daß sie gegen unser Votum handelte, sonst säßen wir nicht hier. Wären unsere Zustände so reif und fest wie die englischen, so läge diese Frage anders. Der Prozentsatz und die 225 Thlr. pro Mann sollen nach dem Entwurf für 10 Jahre festgestellt werden, aber noch vor Ablauf dieses Termines wird die Regierung die Bewilligung des Reichstages nachsuchen müssen, sobald bei der fortschreitenden Theuerung die 225 Thlr. nicht ausreichen werden.

Abg. Schleiden (gegen die Vorlage). Wenn auch ich mich offen auf den Boden der gegebenen Thatsachen stelle, so spreche ich damit jedoch keineswegs aus, daß alles Geschehene auch auf rechtliche Weise geschehen sei. Mein Geburtsland Schleswig-Holstein muß es als eine Lebensfrage betrachten, ein lebendiges Glied des Norddeutschen Bundes zu werden. Aber ich kann nicht dazu schweigen, wenn der Herr Graf v. Bismarck, den ich in diesem Augenblicke leider nicht auf seinem Platze sehe, sich gestern von seiner lebhaften Phantasie und in der Erregung hinreißen ließ, von den Schleswig-Holsteinern zu sprechen, die der Herzog von Augustenburg bereit hielt, zum Gablenz'schen Korps zu stoßen. Ich will auf die Sache selbst in diesem Stadium der allgemeinen Diskussion nicht näher eingehen, versichere aber ein für allemal, daß wenn in diesem Hause mein engeres Vaterland und der edle Fürst, in dem es seinen legitimen Vertreter sah, jemals angegriffen werden sollte, man mich stets, gestützt auf unbestreitbare Thatsachen, zu ihrer Vertheidigung bereit finden wird. Was den Verfassungsentwurf anlangt, so ist er eine an Widersprüchen reiche Arbeit. Der Abschnitt vom Bundesrath weist auf den Staatenbund hin, der Abschnitt vom Reichstage auf den Bundesstaat, der Abschnitt, der von den gemeinschaftlichen Einrichtungen handelt, auf den Einheitsstaat; Preußen figurirt in dem Entwurf in vier verschiedenen Eigenschaften: zuerst als eines von den Mitgliedern des Bundes, sodann ist sein König Präsident des Bundes und Oberfeldherr des Bundes, endlich tritt Preußen in dem Entwurf als der mächtigste Einzelstaat auf, der für sich allein eine Großmacht ist. Das Richtige war, daß der König in dem Entwurf nur in seiner einzigen Eigenschaft als Oberhaupt des Bundes genannt wurde. Die Ursachen dieser Vermischung sind allerdings nachweisbar. In dem Frieden von Nicolsburg erstrebte Preußen nicht die Erhöhung der Reichsmacht, sondern, was man so oft als Oestreichs erblichen Fehler bezeichnet hat, die Vermehrung seiner Hausmacht durch die Annexionen. An die Stelle des „Tu, felix Austria, nube!“ trat der Krieg und sein Erfolg. Diese Annexionen erschwerten die Lebensfähigkeit des Norddeutschen Bundes in hohem Grade. Dazu die innere Politik, auf die man die Worte des Marquis Posa anwenden kann: „wenn Sie, Sire, Ihr eigenes Land glücklich gemacht, verdienen Sie Beherrscher der Welt zu sein.“ Die Haltestelle an der Mainlinie sollte, wie der Abgeordnete Miquel zu meiner Freude nachträglich versichert hat, nur ein Bild des Friedens sein und nicht die Anwendung von Gewalt empfehlen. Aber wenn der Zug von der Haltestelle nicht so rasch weiterfährt, wie Sie es wünschen, so werden Sie unruhig werden und inzwischen Norddeutschland als Frühstück zu sich nehmen. (Unruhe.) Durch die Ereignisse des vorigen Jahres ist, das werden die Konservativen in diesem Hause zugeben, das monarchische Prinzip schwer erschüttert. Niemals hat eine Regierung von Gottes Gnaden das monarchische Princip so tief erschüttert, wie es die preußische gethan hat. (Heftige Unterbrechung. Präsident Simson: Ich will den Herrn Abgeordneten nicht unterbrechen, weil Sie, m. H., die Redner aus Ihrer Mitte ihm auf seine Aeußerung so antworten werden, wie es sich gehört.) Was die Rechte des Reichstags betrifft, so können wir unmöglich über Rechte verfügen, die wir nicht besitzen. Im Art. 4 steht nichts von der Armee und der Marine, die Feststellung des Procentsatzes und des Kostenaufwandes der Armee wird uns entzogen, allerdings nicht ohne gleichzeitig die Hoffnung auf bessere Aussichten für die Zukunft zu erwecken. Wenn nur bei dem „Transport“ der Rechte von den einzelnen Vertretungen auf die Gesammtvertretung nicht allzuviel verloren gehen möchte! Aber ich sollte meinen, daß, wenn das deutsche Volk für das allgemeine Wahlrecht reif ist, dann auch seine Vertreter, dem englischen Parlament und dem amerikanischen Kongreß ebenbürtig, alljährlich den Militäretat feststellen können, ohne seine Einzelnheiten albern zu bekritteln. Es fehlt ferner die Verantwortlichkeit der Bundesregierung. Alle diese Mängel trennen uns vom Süden; ist der einmal mit uns vereint, dann kann ich Ihnen mit Leichtigkeit sechs deutsche Fürsten nennen, die mit Freuden die Stellung von Pairs im deutschen Oberhause einnehmen würden. Kannte doch selbst der alte Bund wenigstens eine Austrägalinstanz. Die Kolonisation von Bundeswegen zu organisiren, ist kein guter Rath. Diese Idee gehört früheren Jahrhunderten an und wer die Welt jenseits des Oceans kennt, der weiß, daß es nicht Sache der Deutschen ist, Kolonien zu gründen.

In Betreff der Marine warne ich vor zu großen Hoffnungen. Ich halte es für ein Glück, daß wir keine große Marine haben (Widerspruch), unser Handel wäre nie so groß geworden, wie er ist, wenn wir eine Marine gehabt hätten. (Erneuerter Widerspruch.) Sache unserer Nachfolger im Reichstage wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß sie dem nächsten Bedürfniß unserer Nachbarn gegenüber und zur Theilnahme an der Vernichtnng der Piraterie genügt. Aber die wahre Aufgabe Preußens und des Norddeutschen Bundes ist nicht eine Seemacht ersten Ranges darzustellen, sondern die erste Großmacht zu Lande zu sein. Ich habe den Hansestädten zu lange angehört, um nicht von der neuen Flagge des Bundes zu sprechen, in der das Gold der deutschen Trikolore in Weiß verblichen ist. Sie hat noch nicht, wie die preußische, die hanseatische, die französische wiederholt und wiederholt le tour du monde gemacht. Die Arbeit an dem neuen Staatswesen, das wir schaffen wollen, gleicht einer Chausseearbeit. Im Anfang ist sie hart und unbequem, aber Jeder hilft an ihr mit, wie jeder Wagen, der Anfangs über den neuen Weg fährt, zwar die im Wagen Sitzenden schüttelt, aber dazu beiträgt, den Weg fest und fertig zu machen.

Bundeskommissar v. Savigny: Der Herr Vorredner hat gesagt, daß er sich nicht zu entsinnen wisse, daß eine Regierung von Gottes Gnaden das monarchische Prinzip so verletzt habe, wie dieses von Preußen im verflossenen Jahre geschehen sei. Ich weise das, als Kommissar Sr. Maj. des Königs mit Entschiedenheit zurück. Sr. Maj. der König hat seine ihm von Gott auferlegten schweren Pflichten so erfüllt, wie es ihm sein Volk, wie es ihm ganz Deutschland zu danken hat, und damit hat er das monarchische Prinzip nicht erschüttert, sondern er hat es — so Gott will, noch lange Zeit — von Neuem befestigt, zum Ruhme seines Hauses, zum Wohl des von ihm zu begründenden Bundes. (Bravo.) Auf das, was der Herr Vorredner über die Marine gesagt hat, behalte ich mir vor, bei der Spezialdebatte zu erwidern, und ich darf es sagen, ich freue mich auf diese Aufgabe. (Bravo!)

Abg. v. Bennigsen (für die Vorlage): Ich muß zunächst von den hannöverschen Verhältnissen und ihrer Beziehung zum Norddeutschen Bunde sprechen. Zunächst habe ich mich gefreut, daß der Abg. v. Münchhausen im Namen der hannöverschen Partikularisten erklärt hat, den Bund fördern zu wollen und ihm nicht mit einem Protest entgegengetreten ist. Er entsprach damit meiner Erwartung; ob auch der seiner Wähler und näheren Freunde, das möchte ich bezweifeln. Wahr ist es, daß der Ausnahmezustand in Hannover von uns schwer empfunden wird, und wenn der Graf v. Bismarck gestern seine Dauer bis zum 1. Oktober in Aussicht stellte, so hoffe ich doch, daß er schon früher aufhören wird, wenn seine verbitternde Wirkung nicht weit über den 1. Oktober hinausreichen soll. Ich gebe diese Hoffnung nicht auf, die nur durch das Verhalten der Partikularisten zu Schanden werden kann, und nehme an, daß schon in einigen Monaten der regelmäßige Zustand in der hannöverschen Verwaltung wieder eintreten wird. Dabei setze ich aber voraus, daß die höheren Klassen, Adlige wie Bürgerliche, ihre Pflicht gegen ihr engeres Stammland wie gegen den großen Staat, dem sie jetzt angehören, besser erfüllen, als es bisher geschehen ist. (Sehr gut!) Die Regierung aber möchte ich warnen, den Einfluß dieser Klassen nicht zu überschätzen und nicht ihretwegen Maßregeln zu ergreifen, deren Tragweite über den Anlaß hinausgeht und die Versöhnung auch nach dem 1. Oktober erschwert. Ich wünsche lebhaft, daß sie mit den hannöverschen Abgeordneten beider Richtungen über die Schritte konferiren möge, die zu regelmäßigen Zuständen zurückführen.

Bei den Wahlen zum Reichstage, bei denen der Abgeordnete von Münchhausen kein Programm aufstellte, wurde in der ländlichen Bevölkerung Hannovers der Glaube genährt, der Reichstag habe die Aufgabe, die hannoversche Dynastie wieder herzustellen. Der Abgeordnete von Münchhausen mußte diese Umtriebe kennen; aber weder er noch seine Freunde sind ihnen entgegengetreten und den betreffenden Kreisen steht eine gründliche Enttäuschung bevor.

Die Diskussion der letzten Tage hat bewiesen, daß wir uns bedeutend genähert haben und daß ein Scheitern unseres Werkes, das ich niemals fürchtete, unmöglich geworden ist. Es ist weder von Annahme en bloc noch von Verwerfung der Vorlage die Rede und fast Alle fühlen wir, daß wir die Schuld für ein solches Scheitern nicht auf uns laden dürfen. Der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes ist nicht das Werk einer großen Volksbewegung, sondern eines Bürgerkrieges; an der jetzigen Lage kann Niemand etwas ändern und auf eine neue Volksbewegung warten, hieße Jahrelang warten und Jahre versäumen. Was Graf v. Bismark gestern in günstigem und förderlichem Sinne für das Gelingen unserer Arbeit sagte, hat er doch ohne Zweifel im Einvernehmen mit der preußischen und den ihr verbündeten Regierungen gesagt. Mit Indignation hat er die Auffassung zurückgewiesen, als sei die Verfassung des Bundes dazu bestimmt, das öffentliche Recht zu vernichten. Aber die Lücke in Betreff der Rechte des Reichstages besteht fort, man hat nicht die Zeit gehabt, sie auszufüllen, sondern dies der Entwickelungsfähigkeit der Bundesverfassung und der Zukunft überlassen.

Die wohlwollende Aufnahme des Bundes bei den europäischen Mächten ist zur Zeit unzweifelhaft, weil sie bisher es vortheilhafter fanden, sich seiner Gründung nicht zu widersetzen. Aber wird diese Stimmung dauern? Das ist ein starkes Motiv zum raschen Abschluß unseres Werkes. Ueberwältigt von dem Eindruck des Kriegs fand das Ausland nicht sofort Stellung, aber eines Tages wird es sich vom Erstaunen erholt haben.

Ebenso wie der Krieg hat dem Auslande das maßvolle und patriotische Verhalten der preußischen Staatsmänner imponirt, die nach dem Siege nicht neue Erfolge der Regierungsgewalt, sondern Indemnität suchten und fanden. Ich zweifelte persönlich nicht daran, habe mich aber doch darüber gefreut, daß auch dem Ausland der durchschlagende Beweis geliefert wurde, daß in Preußen nicht Parteimänner, sondern wahrhafte Staatsmänner regieren. (Beifall.) Wenn schon nach dem Siege so verfahren wurde, wie unwahrscheinlich ist es, daß jetzt in der viel schwieriger gewordenen Lage die Vernichtung der öffentlichen Rechte das Ziel der Regierung sein soll. Graf Bismarck wünscht die Verständigung und setzt sie voraus. Er hat die bemerkenswerthe Aeußerung gethan, daß, wenn sie nicht gelingen sollte, er seine Dienste zu Ausnahme-Maßregeln versagen würde. Wir können also annehmen, das diesmal nicht vergeblich an dem Werk der deutschen Einigung gearbeitet wird.

Aber nicht richtig war seine Gegenüberstellung der unitarischen und partikularistischen Partei in Bezug auf das Budgetrecht, als ob dies Recht eine Forderung des Partikularismus wäre. Wie die Regierungen der Präsidialmacht, so haben die Landesvertretungen nur der Vertretung des Bundes Zugeständnisse zu machen, nicht der Regierungsgewalt im Bunde. Die Vorlegung des Budgets, die Vornahme von Aenderungen mit Zustimmung des Reichstages hat er zugesagt und das kann als Ausgangspunkt genügen. Die Frage ist, ob ein Ausnahmezustand für die Ausübung des Budgetrechtes überhaupt nothwendig ist und wenn er es ist, so wird es möglich sein, den Gegenstand des Streites auf ein eng praktisches Gebiet zu beschränken.

Was Süddeutschland betrifft, so ist durch die Stuttgarter Konferenz der Boden für eine Defensivallianz, ein Schutz- und Trutzbündniß bereits gesichert. Der Zollverein wird andere Organe der Verbindung mit dem Norden schaffen und ich würde mich wundern, wenn nicht in wenigen Jahren die süddeutschen Regierungen im Bundesrath, die süddeutschen Abgeordneten auf diesen Bänken säßen. Nordamerika hat 6 Jahre nach dem Kriege an seiner Verfassung gearbeitet: müßten wir nicht an uns verzweifeln, wenn wir nicht in weniger Zeit die Begründung Deutschlands vollendeten? (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Abg. Wigard (gegen den Entwurf): Wir haben noch Männer, die sich den gegebenen Thatsachen aus Patriotismus nicht unterwerfen und es wäre traurig, wenn die akademische Jugend in solchen Grundsätzen erzogen würde. Der Verfassungs-Entwurf hat das Uebermenschliche geleistet, die Gelehrten der Zukunft werden ihn anstaunen. Er enthält abschnittweise den Einheitsstaat, den Bundesstaat, den Staatenbund, den unverhüllten Absolutismus, Reglements, gesetzliche Bestimmungen, Kriminalrecht — mehr kann man nicht verlangen. Aber ihm fehlen die Bürgschaften der verantwortlichen Regierung und des gesetzlich mitwirkenden Reichstages. Seine Annahme würde ein Rückschritt sein. Denn er begründet einen Absolutismus, von dem die deutsche Nation bisher nichts gewußt, einen Bund auf ewige Zeiten, der mit dem Süden nur internationale Verträge schließen kann, die Zerreißung Deutschlands in drei Theile. Statt der Grundrechte giebt er Eisenbahntarifs. Ich habe einmal bei einem Volksvergnügen ein Transparent gesehen, darauf stand: Schön ist's, für das Vaterland zu leben, zu sterben, aber schöner noch ein Glas Bier! Derselbe Geist spricht aus dem Materialismus des Entwurfs.

Abg. Gebert (für die Vorlage): Ich bin nun schon der dritte Sachse (Heiterkeit), der in dieser Debatte das Wort ergreift, und doch bin ich mit keinem meiner beiden Landsleute ganz einverstanden. Allerdings bin ich der Ansicht, daß wir die gegebenen Verhältnisse, die Zeit, in der wir leben und die Zukunft, der wir entgegengehen, als Motive betrachten müssen, um den Verfassungsentwurf zur praktischen und rechtlichen Geltung zu bringen. Freilich fehlt Manches darin. So vermisse ich verschiedene konstitutionelle Garantien, ich vermisse eine verantwortliche Regierungsbehörde, die dem Reichstage gegenübersteht, und kann durchaus nicht anerkennen, daß die Einrichtung einer solchen bedeutende Schwierigkeiten machen würde. Gerade die Schlußprotokolle zeigen, daß die meisten Regierungen eine ziemliche Bereitwilligkeit haben, in dieser Richtung den Ansprüchen des Reichstages nachzukommen. Ich vermisse ferner die ausgedehnte Kompetenz des Reichstages bei Bewilligung des Budgets, was bei den bedeutenden Militärlasten der einzelnen Staaten unumgänglich nothwendig ist. Die Lasten, wie sie in Aussicht genommen sind, sind für die kleinen Bundesstaaten so drückend, daß die Ertragung derselben kaum möglich und eine billige Ermäßigung geboten sein dürfte.

Das Bundesgericht halte auch ich für eine höchst ersprießliche, wünschenswerthe und einem konstitutionellen Staat durchaus entsprechende Einrichtung. Für den Augenblick aber verspreche ich mir nicht viel davon. Der Herr Ministerpräsident Graf v. Bismarck haben (Heiterkeit) in seiner gestrigen Rede, die man wohl mit Recht ein politisches Ereigniß nennen kann, Erklärungen gegeben, die ich mit dem innigsten Danke begrüßt habe. Erst von diesem Momente an habe ich mich unter Ihnen heimisch gefühlt. Wir Sachsen waren von Anfang an in einer ganz eigenthümlichen Lage; auf der einen Seite fürchteten wir den Einheitsstaat, auf der anderen Seite andere Gefahren. Unsere Stellung war eine schwierige, unklare und bedenkliche; und die Presse hat bereitwilligst ihr Möglichstes gethan, um uns als einen so recht sächsischen partikularistischen Club darzustellen. (Große Heiterkeit.) Es ist eine Eigenthümlichkeit des sächsischen Volkes, und wohl nicht die schlimmste, daß es mit Liebe und Treue hängt an seinem Vaterlande, daß es mit Liebe und Treue hängt an seinem Regentenhause bis in den Tod, daß es mit Liebe und Treue hängt an den konstitutionellen Garantien, die es zum Theil schon seit 30 Jahren besitzt, und daß es diese bewahren und hinübertragen möchte in die Reichverfassung. Das ist unser Partikularismus.

Wir kleines Reichlein Sachsen haben alle ein Gefühl und einen Wunsch, nämlich hier etwas zu Stande zu bringen. Handel, Gewerbe, Industrie, Spekulation, Alles ist ohne Vertrauen, und alle wünschen einen konsolidirten Zustand und alle wollen in dem, was hier geschaffen werden soll, erst Grund zum neuen Muth fürs neue Leben suchen. Suchen wir zu erlangen, was wir an konstitutionellen Garantien zu erlangen im Stande sind; auch in dieser Beziehung habe ich mit inniger Dankbarkeit die Erklärung des Herrn Grafen Bismarck gehört. Wir müssen dabei jedoch abwägen, welche Verantwortung schwerer ist, wenn wir im Beharren auf solchen Rechten unsere Arbeit nicht fertig machen. Ich wenigstens kann diese Verantwortung in meinem Gewissen nicht tragen — ohne jedoch irgend Jemand damit zu nahe zu treten. Machen wir deshalb das Werk fertig, als Anfang zu der Konstitution, die in nicht zu langer Zeit ganz Deutschland umfassen soll.

Abg. Heubner (gegen die Vorlage): Das Loos hat es zufällig gefügt, daß abermals ein Sachse jetzt das Wort erhält. Wir alle hängen mit Liebe an unserm sächsischen Heimathlande, und wir Alle halten fest an konstitutionellen

Rechten. Trotzdem aber werden wir einen großen Theil der konstitutionellen Rechte auf den Reichstag übertragen, mit um so größerer Freude, weil die eigene Verfassung Sachsens nicht mehr zu Recht besteht, sondern durch Verfassungsbruch abgehoben ist. (Beifall links.) Auch ich habe den sehnlichsten Wunsch, daß etwas zu Stande komme, aber ich würde mich in meinem Gewissen gedrängt sehen, dagegen zu stimmen, wenn nicht wesentliche Umgestaltungen und Aenderungen hieran vorgenommen werden. Auch ich begrüße jeden Schritt mit Freuden, der uns zu einer wirklichen Bundesverfassung führen würde. Ich bin weit entfernt, Traumgebilde in der Luft zu bilden; aber das ideale Ziel muß man niemals aus den Augen verlieren. Man muß sich allerdings auf den Boden der Thatsachen stellen, aber festhalten am Rechtsstandpunkt, und von diesem Standpunkt aus darf man die unveräußerlichen Rechte des Volkes nicht leichtsinnig Preis geben, um eines bloßen Norddeutschen Bundes willen; ich würde es für schmachvoll halten, hier irgend ein Opfer der Freiheit zu bringen. — Redner polemisirt sodann gegen die Etablirung der Mainlinie, die eine noch größere Zerreißung Deutschlands herbeiführen kann und meint, daß die Verfassung so eingerichtet werden müsse, daß die Süddeutschen leicht eintreten können.

Die Vertagung der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf v. Galen (für die Vorlage) erklärt, daß er, obwohl er schon an allen Höfen Europas gewesen und dort parlamentarische Reden gehört habe, doch heut seine Jungfernrede halte, die jedoch bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich ist. Er befürwortet die en bloc Annahme und möglichst baldige Erledigung des Entwurfes, und erzählt einige Episoden aus seinem Leben, wodurch er das Haus in eine sehr heitere Stimmung versetzte

Die Vertagung der Debatte wird nunmehr angenommen.

Abg. v. Malinckrodt zur persönlichen Bemerkung: Gegenüber der Erwiderung des Herrn Grafen v. Bismarck will ich nur die Thatsache anführen, daß das Jahr 1267 fünf Jahre von dem Ende des Interregnums und mehr als 50 Jahre von dessen Anfang entfernt war.

Schluß der Sitzung 3 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch, den 13. d. M. Vormittags 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der Generaldebatte.

Lokales.

Posen, den 13. März.

[Das Sinfonie-Konzert] zum Besten des seines Augenlichtes beraubten Unteroffiziers, von den Musikkapellen des 37. und 50. Inft.-Regts. gestern im Volksgarten-Saal gegeben, war äußerst zahlreich besucht und hat eine Nettoeinnahme von 133 Thlr. 11 Sgr. ergeben, die nach Abzug der allernothwendigsten Kosten — Zettelträger, Kassirer und Billeteur hatten sich erboten, ihre Dienste unentgeltlich zu verrichten — dem Krieger übergeben werden sollen.

Wie über den Besuch und den erheblichen Ertrag können wir über die musikalische Ausführung des Konzerts unsere volle Befriedigung aussprechen. Eine solche Einheit im Zusammenspiel, solche Sauberkeit auch in der Ausführung der schwierigsten Sätze, solche Sicherheit im Vortrage sind nur durch längere Vorübung und anhaltendes eingehendes Studium, das in der gestrigen Aufführung überall dokumentirt wurde, zu erreichen. Das große Auditorium bekundete seine Anerkennung nach jeder Konzertnummer durch allseitigen lebhaften Applaus, die beiden zusammenwirkenden Kapellen aber konstatirten, daß sie bei genügenden Vorstudien wohl im Stande sind, klassische Musik zur vollen Geltung zu bringen. Das gestrige Konzert hat hoffentlich manche Vorurtheile gegen diese Kapellen entkräftet und beseitigt. Das Programm umfaßte vier größere Piecen und eröffnete das Konzert mit der Ouverture zur „Vestalin" von Spontini (vom Herrn Kapellmeister Wagener dirigirt), der das majestätische Adagio aus der Sonate „Pathetique" von Beethoven (Herr Kapellmeister Walther) und das Finale aus Wagners „Lohengrin" (Herr Wagener) folgten. Die Ausführung dieser Werke ließ nichts zu wünschen übrig.

Frau Elise Bethge-Truhn.

Die großherzl Hofschauspielerin aus Schwerin, welche gegenwärtig zu einem kurzen Gastspiel hier weilt, ist nicht — wie wir in Posen in der letzten Zeit es an unsern Gästen fast gewöhnt sind, ein Künstlerstern, dessen Bahn sich bereits abwärts neigt, sondern vielmehr ein aufblühendes und aufstrebendes Talent, das erst in neuester Zeit sich einen Namen zu verschaffen angefangen hat. Und wir können bei der Jugend der Künstlerin — sie ist Anfang der 40ger Jahre geboren — bei ihren selten großen natürlichen Anlagen, ihrer Schule und Strebsamkeit mit Sicherheit annehmen, daß sie noch lange nicht den Zenith ihres Ruhmes erreicht hat.

Frau Bethge entstammt einer Künstlerfamilie; ihr Vater ist der auch hier wohl nicht unbekannte Komponist Hieronymus Truhn in Berlin. Bereits in ihrem 16. Lebensjahre betrat sie in Stettin zum ersten Male die Bretter; schon nach Jahresfrist erhielt sie ein Engagement in Schwerin an der Hofbühne. Dort drang der große Ruhm von Sophie Schroeder zu ihren Ohren und von Natur durch ihre körperlichen Vorzüge und geistigen Anlagen gerade auf die Tragödie hingewiesen, benutzte sie einen ihr dazu bewilligten längeren Urlaub, um in Hamburg bei Deutschlands größter Tragödin in die Schule zu gehen. Wie trefflich sie dieselbe zu benutzen gewußt hat, bewies bald ihr Auftreten auf den Bühnen zu Schwerin und Riga in Rollen, die sonst so jungen Anfängerinnen noch verschlossen zu sein pflegen, wie als Jungfrau von Orleans, als Königin im Don Carlos, als Julie in Romeo und Julie ꝛc. Ihr kam die Eigenthümlichkeit ihrer äußeren Erscheinung zu statten, die sie übrigens bedeutend älter erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit ist. Seit erst etwa 1½ Jahr hat Frau Bethge-Truhn angefangen auf größeren Bühnen Deutschlands, wie in Breslau, Königsberg, Danzig, Prag ꝛc. zu gastiren und zwar mit stets wachsendem Erfolge. Unter Andern trat sie vor Jahresfrist an 15 Abenden in Frankfurt a. M in Rollen des erkrankten Lieblings der Frankfurter, der Frau Janauschek, und zwar zur vollständigsten Zufriedenheit des Publikums auf; auch in Berlin hat sie sowohl im Schauspielhause als am Viktoria-Theater das Publikum zu lautem Beifall hingerissen und manchen Lorbeer geerntet; selbst die strengsten Kritiker, wie Kossak konnten ihr nur Anerkennung zollen.

So möge ihr auch hier in Posen eine gleiche zu Theil werden, vor allem Andern aber dieselbe sich in einem stärkeren Besuch der wirklich empfehlenswerthen Vorstellungen dokumentiren. Wie wir hören, tritt Frau Bethge-Truhn zunächst am Freitag als Maria Stuart, und Sonnabend in „Ein Glas Wasser", ihre beste Leistung im Lustspiel, auf. — Erzielt sie an diesen beiden Abenden bei unserm gegenwärtig wirklich fürs Theater apathischen Publikum bessere materielle Erfolge als bisher, so würden wir auch den Genuß haben, sie in ihrer vortrefflichsten Rolle auftreten zu sehen, nämlich als „Brunhild" in der gleichnamigen Tragödie von Emanuel Geibel aus der Nibelungensage, die hier noch nie und zum ersten Mal auf dem Hoftheater zu München am 3. Jan 1861 mit ungeheuerem Erfolge aufgeführt worden ist, unstreitig das bedeutendste dramatische Werk der Neuzeit. — Um unser selbst willen wünschen wir deshalb aus vollem Herzen, daß nächsten Freitag und Sonnabend unser geschätzter Gast sich ein wohlbesetztes Haus gegenüber sehen möge. AK.

Angekommene Fremde
vom 13. März.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Kaufleute Koblinski aus Breslau und Wagner aus Berlin, Frau Gutsbesitzerin v. Dobinszewska aus Polen, Partikulier v. Brodzewski aus Bromberg, Akademiker v. Taczarski aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Bäsler und Müller aus Stettin, Victurius aus Graudenz, Hartmann aus Gießen, Hagemeister aus Börde, Printz aus Düsseldorf, Marscheimer aus Wiesbaden, Behr aus Gera und Syhre aus Leipzig, Rittergutsbesitzer Baarth aus Modrze, kgl. Domänenpächter Tappenbeck aus Grobia, Fabrikant Pringstein aus Oppeln.

SCHWARZER ADLER. Gutsbesitzer v. Suchorzewski aus Puszczykowo, Inspektor Gramowski aus Karczewo, Probst Kuczynski aus Wierzyc, Büreaugehülfe Heintze aus Zerkow.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzer v. Czarnowski aus Miethau und v. Lipinski aus Galizien, Gutsbesitzer Roccoczynski aus Rußland, Kaufmann Martini und Bankier Bleichröder aus Hamburg, Negociant Lefèbre aus Paris, Hotelier Monnet aus der Schweiz.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Hoffmann aus Löbau, Haas aus Berlin, Schneider aus Bremen, Meyer aus Offenbach und Gruner aus München, Premier-Lieutenant Martini aus Grünberg, die Rittergutsbesitzer v. Golkowski aus Siekierki, v. Rechenberg aus Staykowo und v. Zablocki aus Obora.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Gutsbesitzer Freigang aus Altendorf und Löbrecht aus Stargardt, die Kaufleute Ramke aus Berlin, Meyer aus Bremen, Löbrecht aus Fürstenwalde und Führt aus Elberfeld.

HOTEL DU NORD. Die Gutsbesitzer v. Komierowski aus Golin und v. Slawski aus Komornik, Buchhändler v. Sniegocki aus Bromberg.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Großmann und Plumpe aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Kunau aus Schokken und Voigt aus Zydowo, die Gutsbesitzer Weidt aus Kostrzyn und Müller aus Kröben, Wagenfabrikant Boldt aus Stettin, Agent Kowalski aus Inowraclaw, Distrikts-Kommissar Kußmann aus Schokken.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Skarbek aus Bialcz, Bronikowski aus Kosieczyn, Zakrzewski aus Rudniczysko und Wlodek aus Bialcz.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Wasser nebst Frau aus Wollstein, Fröhlich aus Sagan, Ehrlich und Szybilski aus Pleschen.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Warnung.

In dem M. l. A. wird zur Deckung des Holzbedarfs Folgendes empfohlen:

Alle sumpfigen, nicht hinlänglich zu entwässernden Ländereien; allen leichten Boden, welcher beim Kornbau eine zu mäßige oder gar keine Rente abwirft; alle vom Hofe so entfernt liegenden Flächen, daß die Bestellungskosten nicht im Verhältniß zum Ertrage stehen; alle steilen Abhänge, Mergelgruben ꝛc., welche gleichfalls auf andere Weise sich nicht rentiren; und endlich die Ränder der Wiesen und Wege, welche zu Gebote stehen, durch Holzkultur auszunutzen. Jedoch nur solche Holzarten zu wählen, welche in kürzester Zeit die größte Holzmasse liefern, und solche Bäume möglichst auszuschließen, welche eine Verschlechterung des Bodens herbeiführen. Es sind hiernach vorzugsweise zu wählen: auf leichtem Boden die Kiefer und Weißeller, in den Brüchen die Schwarzeller mit einzeln eingesprengten Föhren. Die Esche bedarf schon bessern Boden und die Acacie eignet sich besonders zur Anpflanzung in Hecken, wird indeß zur Vermeidung der Verstopfung durch Wurzelzöpfe mindestens 4 Rth. von Drains entfernt gehalten. An den Wiesenrändern wird sich noch immer die Korbweide empfehlen, während dieselbe an den Wegen durch den Ahorn zu ersetzen sein möchte.

Der Unterzeichnete erlaubt sich hierzu folgenden Nachtrag: Die Holzkultur ist nicht im Stande, einen so hohen Reingewinn rasch abzuwerfen, als der rationelle Wiesenbau, und werden die Wiesenbesitzer hiermit gewarnt, die berieselungsfähigen Wiesenränder, einerlei in wie weit sie Bezug haben auf das zur Deckung des Holzbedarfs oben Empfohlene, mit Holz zu bepflanzen, und um so mehr als Wiesenränder (meistens ohne Abtragung) als Hang zu bewässern sind. Beispielsweise führe ich an, daß durch rationellen Wiesenbau auf der Stührmannschen Rieselwiese bei Wildeshausen 4 Morg. Kiefernboden zur Rieselung gewonnen wurden. Vor diesem Kiefernboden liegt der Zuleitungsgraben 6' höher, als die eigentliche Wiesenfläche. Wo das Terrain aber nicht mehr zu berieseln ist, da würde ich den Rath jenes M. Forstmannes befolgen.

Posen, März 1867.

Meyer, Wiesenbautechniker,
Tilsners Hôtel garni, Friedrichsstraße Nr. 33.

Umzugshalber ist **eine herrschaftliche Wohnung,** bestehend aus einem Saale und vier Zimmern nebst Zubehör, vom 1. April ab zu vermiethen.

Näheres **Wilhelmsplatz 16.** bei der Kommissionärin ***Mendel*** zu erfragen.

Große Gerberstraße 49. ist eine Wohnung von 4 Stuben (1. Etage) mit oder ohne Möbel sofort oder vom 1. April billig zu vermiethen.

Ein gr. fr. möbl. Zimmer vorn her. ist zum 1. April zu verm. Näh. Schuhmacherstr. 11., neue Posth., 3. Etage links.

Mühlenstr. 16. im dritten St. eine m. St. zu v.

Ein möblirtes Zimmer sofort zu vermiethen **Neuestr. 2.** im 3. Stock.

Hinterwallischei am Damm Nr. 7. ist v. 1. April c. ab eine Kellerwohn. für 40 Thlr. und zwei Wohn. im 2. St. à 55 Thlr. zu verm.

4 tapezirte Stuben nebst Küche erste Etage sind vom 1. April zu vermiethen. Näheres **Kanonenplatz 10.** im Laden.

Eine freundliche Wohnung von 3 Zimmern, Küche, Speisekammer, Waschboden, ist vom 1. April d. J. 3te Etage **Hôtel de Rome** an eine ruhige Familie zu vermiethen.

Für ein Leinen- und Wäsche-Geschäft in **Westpreußen** wird eine, in dieser Branche routinirte **junge Dame,** von angenehmem Aeußeren und beider Landessprachen mächtig, gesucht.

Reflektirende belieben Eingaben unter der Chiffre ***S. T. 1.*** in der Expedition dieser Zeitung einzureichen.

Auf ein großes Gut in Pommern werden

1 Inspektor und 1 Förster

unter vortheilhaften Bedingungen zu engagiren gewünscht. Der Oekonom kann zu Ostern, der Forstbeamte sofort eintreten. Fr. Bewerbungen an das Friedrichstädtische Intelligenz-Compt. in **Berlin,** Lindenstr. 89., unter G. K. # 68.

Auf dem Dom. ***Pinczky*** bei Schroda findet zum 1. April ein **Schreiber** Stellung. Persönlich Vorstellende werden bevorzugt.

Eine gebildete junge Dame von auswärts, aus guter Familie, musik. tüchtig durchgebildet, sucht in einem anständigen Hause Posens ein Engagement als Gesellschafterin und für den Unterricht der Kinder in der Musik. Gef. Off. nimmt entg. d. Realschullehrer ***Braun,*** Fischereipl. Nr. 3.

Tüchtige Rockarbeiter

finden dauernde Beschäftigung Markt 72.

Ein tüchtiger Geometer-Gehülfe, der selbstständig Vermessungs-Arbeiten ausführen kann, wird gesucht.

Wongrowiec, im März 1867.

Der Regierungs-Feldmesser **Graff.**

Ein **Hofbeamter,** der deutschen und polnischen Sprache mächtig, so wie eine unverheirathete tüchtige **Wirthin** auf ein Vorwerk, finden sofort Anstellung auf dem Dom. **Kuzmierz** bei **Samter.**

Eine junge Dame aus guter Familie sucht ein Engagement als Gesellschafterin und Stütze der Hausfrau, entweder bei einer einzelnen Dame oder einer Familie.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieser Zeitung.

Ein **tüchtiger erfahrener Buchhalter** und **Korrespondent** sucht Engagement. Zu erfragen bei Herrn Kaufmann **Louis Schirm,** Wasserstraße 2.

Einen **Lehrling** suchen ***Gebrüder Weitz.***

25 Thaler Belohnung

erhält, der mir zur Wiedererlangung der 15 Stück virginischen Iltisfelle, die mir aus meinem Geschäft abhanden gekommen sind, behülflich ist. **Markt Nr. 62.**

Letztes Wort

auf die Erwiderung des Gasthofbesitzers Herrn **Neubelt** senior hier vom 9. März c. in der Beilage zur Posener Zeitung Nr. 55. entgegne ich ein für alle Male, daß die betreffenden Behauptungen des Herrn **Neubelt** senior nicht auf Wahrheit beruhen.

Birnbaum, den 12. März 1867.

Wilh. Hoffmann, Gasthofbesitzer.

Für Behörden, Advokaten, Gesellschaften, sowie für Kaufleute und Gewerbetreibende.

Bekanntmachungen

in alle existirenden Zeitungen, Kreisblätter, Zeitschriften werden prompt und zu den **billigsten Preisen** befördert durch die Zeitungs-Annoncen-Expedition von

Rudolf Mosse, **Berlin,** Friedrichsstraße 60.

Kompl. **Insertionstarif** pro 1867 gratis.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Fräul. Franziska Neuschild in Charlottenburg mit dem Domänenpächter W. Hessenland in Jakobsdorf. Frl. Paul. Erler mit dem Dr. med. Bernh. Evens in Niemegk. Frl. Ida Schmidt mit dem Premier-Lieut. Leonhard v. Renthe-Fink in Dresden.

Geburten. Ein Sohn dem Stallmeister W. Böllmer in Berlin. Hrn. A. Schultz in Elisenhof bei Müncheberg. Hrn. Major und Platzmajor von Ziegler (todt) in Berlin. Hrn. Seilermeister Haase ebendas. Eine Tochter dem Prediger Rich. Sydow in Tangermünde. Hrn. Rektor W. Mohs in Boizenburg. Hrn. Pastor Splittgerber in Burchow. Hrn. v. d. Lühe in Ziepliz.

Todesfälle. Gold- und Silberdrahtzieher-meister Voigt in Berlin, Frau Hauptmann v. Lichtenhayn in Luckau, Rechtsanwalt und Notar Schwalbe in Quedlinburg, Stallmeister und Reitbahndirigent a. D. v. Hochstetter in Freienwalde a. O., Hauptm. L. Th. Busch in Erfurt, Frau Hauptm. v. Borcke geb. v. Braunschweig in Dolgenow b. Schievelbein, Oekonomie-Amtmann W. Volckheim in Jessen, Alfred Graf von Tramecourt in Paris, Rittergutsbesitzer Landr. a. D. Gustav Honig in Wusterwitz i. d. M.

Stadt-Theater.

Mittwoch. Kein Theater.

Donnerstag. **Letztes Gastspiel** der königl. sächs. Kammersängerin Frau **Bürde-Ney.** **Don Juan,** oder: **Der steinerne Gast.** Gr. Oper in 3 Akten von Mozart. — Donna Anna: Frau **Bürde-Ney.**

Freitag. Drittes Gastspiel der großherzoglich mecklenburg-schwerinschen Hofschauspielerin Frau **Bethge-Truhn. Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten von F. von Schiller. — Maria Stuart: Frau **Bethge-Truhn.**

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 13. März 1867. (Wolff's telegr. Bureau.)

		Not. v. 12.	v. 11.
Roggen, höher.			
März	54⅜	54½	54½
April-Mai	54¼	53¾	53½
Spiritus, fest.			
März	16⅔	16 7/12	16 7/12
April-Mai	16 11/24	16⅓	16⅔
Rüböl, höher.			
März	11 7/12	11⅓ B	11⅓ B
April-Mai	11½	11 5/12	11⅜

Fondsbörse: Fonds matt.		Not. v. 12.	v. 11. Aktien flau.
Amerikaner	78⅛	77⅞	77¾ B
Staatsschuldsch.	84½	84½	84½
Neue Posener 4% Pfandbriefe	89	88⅞	89⅜
Russ. Banknoten	81⅜	81¼	81¼
Russ. Pr.-Anl.	90½	90¾	91½
do. n.	87	87½	88¾

Kanalliste: Nicht gemeldet.

Stettin, den 13. März 1867. (Marcuse & Maas.)

		Not. v. 12.
Weizen, fest.		
Frühjahr	84¾	84½
Mai-Juni	84¾	84½
Juni-Juli	85	84¾
Roggen, unverändert.		
Frühjahr	53	53
Mai-Juni	53¼	53¼
Juni-Juli	53½	53½
Rüböl, behauptet.		
April-Mai	11⅙	11⅙
Septbr.-Oktbr.	11⅔	11 7/12
Spiritus, unverändert.		
Frühjahr	16⅓	16⅓
Mai-Juni	16⅜	16⅜
Juni-Juli	16⅝	16⅝

Posener Marktbericht vom 13. März 1867.

	von Thl.	von Sgr	von Pf	bis Thl.	bis Sgr	bis Pf
Feiner Weizen, der Scheffel zu 16 Metzen	3	5	—	3	7	6
Mittel-Weizen	3	—	—	3	2	6
Ordinärer Weizen	2	20	—	2	22	6
Roggen, schwere Sorte	2	6	3	2	7	6
Roggen, leichtere Sorte	2	3	6	2	4	—
Große Gerste	—	—	—	—	—	—
Kleine Gerste	—	—	—	—	—	—
Hafer	—	—	—	—	—	—
Kocherbsen	—	—	—	—	—	—
Futtererbsen	—	—	—	—	—	—
Winterrübsen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	—	—	—	—	—
Kartoffeln	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Faß zu 4 Berliner Quart	—	—	—	—	—	—
Rother Klee, der Centner zu 100 Pfund	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito	—	—	—	—	—	—
Heu, dito	—	—	—	—	—	—
Stroh, dito	—	—	—	—	—	—
Rüböl, dito	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus pr. 100 Quart à 80% Tralles,
am 12. März 1867 . . 15 Thl. 20 Sgr — Pf bis 15 Thl. 25 Sgr — Pf
" 13. " " . . 15 " 21 " 3 " " 15 " 26 " 3 "

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Börse zu Posen

am 13. März 1867.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 89½ Gd., do. 5% Kreis-Obligationen 98½ Br., do. 5% Obra-Meliorations-Obligationen 98½ Br., do. 4½% Kreis-Obligationen 89 Br., polnische Banknoten 81 Geld.

Roggen [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. März 52, März-April 51⅓, Frühjahr 51⅓—¼, April-Mai 51¼, Mai-Juni 51¼, Juni-Juli 51½.

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) gekündigt 6000 Qrt., pr. März 15⅞—11/12, April 15 23/24—16, Mai 16 1/12, Juni 16⅓, Juli 16½, August 16¾.

Produkten-Börse.

Berlin, 12. März. Wind: NO. Barometer: 28. Thermometer: Früh 1° —. Witterung: Schneeluft.

Die Stimmung für **Roggen** war heute fester als gestern mit festem Schluß. Offerten disponibler Waare sind heute merklich kleiner gewesen als gestern, die Kauflust, namentlich für gute Qualitäten, ist denn auch kaum vollständig befriedigt worden. Lebhafte Umsätze fanden heute in schwimmenden Ladungen statt, die mit Aufgeldern bis zu 1 Rt. gegen Frühjahrspreis bezahlt wurden. Circa 800 Wispel sind aus dem Markt genommen.

Weizen loko fest, Termine etwas besser.

Hafer, knapp zugeführt, ist loko sehr fest im Werthe, auch Termine hielt man heute höher.

Rüböl in beschränktem Verkehr. Preise ziemlich unverändert. Gekündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 11¼ Rt.

Spiritus wurde heute sehr spärlich offerirt, Käufer mußten daher sich festeren Forderungen fügen.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 70—87 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfd. April-Mai 77¼ Rt. nominell, Mai-Juni 77¾ Rt. nominell, Juni-Juli 78 Rt. nominell, Juli-August 77 Rt. nominell.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. 55—56 Rt. bz., geringer 54 Rt. bz., feiner 57½ Rt. bz., schwimmend 79/82pfd. 54½ a 55¼ Rt. bz., Frühjahr 53¾ a ⅞ a ⅝ Rt. bz., Mai-Juni do., Juni-Juli 54 bz., Juli-August 52¼ a 52 bz., Septbr.-Oktbr. 50½ a ¾ a ¼ bz.

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 45—51 Rt. nach Qualität, schles. 49½ Rt. bz.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. 26—29 Rt. nach Qualität, Frühjahr 27¾ Rt. Br., Mai-Juni 28⅛ bz., Juni-Juli 28⅛ Br.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52—66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do.

Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 11⅓ Rt., per diesen Monat 11⅓ Rt., März-April do., April-Mai 11 5/12 a ⅜ bz., Mai-Juni 11½ bz., Sept.-Oktbr. 11¾ a 17/24 bz.

Leinöl loko 13⅔ Rt. Br.

Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 16¾ a ⅔ Rt. bz., per diesen Monat 16⅔ Br., 7/12 Gd., März-April do., April-Mai 16⅔ a 11/24 bz., ¾ Br., ⅔ Gd., Mai-Juni 16⅔ a ⅞ bz. u. Gd., 11/12 Br., Juni-Juli 17⅓ a ⅙ bz., Br. u. Gd., Juli-August 17 5/12 bz., Br. u. Gd., August-Septbr. 17½ a 7/12 bz., Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 17⅔ a 11/24 bz., 5/12 Br., ⅓ Gd.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5⅓—5 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/12—4⅔ Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4¼—4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4—3¾ Rt. bz. pr. Ctr. unversteuert. (B. H. Z.)

Stettin, 12. März. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, leichter Schneefall, — 1° R. Barometer: 28. Wind: NO.

Weizen etwas höher bezahlt, loko p. 85pfd. gelber und weißbunter 82 bis 87½ Rt., 86pfd. garantirt 88 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Frühjahr 84, 84½, Mai-Juni 84½ Br., Juni-Juli 84¾ bz., Juli-August 84 bz.

Roggen behauptet, p. 2000 Pfd. loko 53—56 Rt., pr. Frühjahr 53 bz., Mai-Juni 53 bz., Juni-Juli 53½ bz. u. Br., Juli-August 52½ Br., Septbr.-Oktbr. 50 bz., Br. u. Gd.

Gerste und Hafer ohne Umsatz.

Rüböl matter, loko 11⅓ Rt. Br., 11¼ bz., April-Mai 11⅙, ⅛, 1/12 bz., ⅙ Br., Septbr.-Oktbr. 11⅔ bz.

Rapskuchen 1 Rt. 22½—23 Sgr. bz.

Spiritus wenig verändert, loko 16⅔, 7/12 Rt. bz, pr. Frühjahr 16⅓ Br., Mai-Juni 16⅔ Br., Juni-Juli 17 Br.

Angemeldet: Nichts.

Aktien. Vulcan 82 in Posten bz., bleibt Gd. (Ostf.-Ztg.)

Breslau, 12. März. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, unverändert fest, ordin. 12½—14, mittel 14½—15½, fein 17½—18½, hochf. 19—19½. Kleesaat weiße, wenig Geschäft, ordin. 19—21, mittel 22—24½, fein 26—27½, hochf. 28½—29½.

Roggen (p. 2000 Pfd.) etwas matter, gek. 2000 Ctr., pr. März 53½ Gd., März-April 53 Br., April-Mai 52¼ Gd., Mai-Juni 52½ Br., Juni-Juli 52½ Gd., ¾ Br.

Weizen pr. März 72½ Br.

Gerste pr. März 50½ Br.

Hafer pr. März 45 Br.

Raps pr. März 94½ Br.

Rüböl matt, gek. 100 Ctr., loko 11 Br., pr. März und März-April 10 11/12 Br., April-Mai 10 11/12 bz., Mai-Juni 11 bz., Septbr.-Oktbr. 11 7/12—½ bz.

Spiritus wenig verändert, gek. 10,000 Quart, loko 16⅓ Br., 16⅙ Gd., pr. März, März-April und April-Mai 16¼ Br., Mai-Juni 16 5/12 Br., Juli-August 17 Gd., Septbr.-Oktbr. 16⅞—⅚ bz.

Zink 6 Rt. 18 Sgr. bz. Die Börsen-Kommission.

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rübsen.

Raps	202	192	178 Sgr.	p. 150 Pfd. Brutto.
Rübsen, Winterfrucht	182	172	164 "	
do. Sommerfrucht	162	152	142 "	
Dotter	152	142	132 "	

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Magdeburg, 12. März. Weizen 77—79 Rt., Roggen 58—60 Rt., Gerste 47—54 Rt., Hafer 27—29 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare höher bezahlt, Termine geschäftslos. Loko ohne Faß 17½ Rt., pr. März, März-April und April-Mai 17 1/12 a ⅛ Rt., Mai-Juni 17⅙ Rt., Juni-Juli 17⅓ Rt., Juli-August 17⅔ Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde à 1⅓ Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus matter. Loko 16⅙ Rt., pr. März, April und Mai 16⅙ Rt. (Magdb. Ztg.)

Bromberg, 12. März. Wind: NO. Witterung: Trübe. Morgens Schneefall, 3° Kälte. Mittags 1° Kälte.

Weizen 124—128pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Zollgewicht) 67—72 Thlr., 129—131pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Zollgewicht) 74—78 Thlr. Feinste Qualität 2 Thlr. über Notiz.

Roggen 122—125pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Zollgewicht) 49—50 Thlr.

Große Gerste 41—43 Thlr., feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Futtererbsen p. Wspl. 45—50 Thlr. Kocherbsen bis 52 Thlr.

Hafer p. Schffl. 25—30 Sgr.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Ztg.)

Vieh.

Berlin, 11. März. An Schlachtvieh waren heute auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf angetrieben:

1656 Stück Hornvieh. Der Markt hatte um ca. 100 Rinder eine größere Zufuhr als vorwöchentlich; die Nachfrage vom Platz und Umgegend stellte sich zur Waare nur sehr mittelmäßig heraus und die Exportverkäufe beschränkten sich in Folge der ungünstigen Berichte aus England und Hamburg nur auf kleine Ankäufe; die letzten Notirungen veränderten sich daher wenig, so daß 1. Qualität mit 16—17 Rt., 2. mit 13—15 Rt. und 3. mit 8—10 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht bezahlt wurde.

3157 Stück Schweine. Der Handel bewegte sich in den vorwöchentlichen Grenzen, ohne daß die Preise mehr anzogen; der Markt wurde von der Waare ziemlich geräumt und feinste beste Waare erreichte den Preis von 16—17 Rt., mittel 15 Rt. und ordinäre 13 Rt. pro 100 Pfund Fleischgewicht.

4503 Stück Schafvieh. Gegen vorwöchentlich waren ca. 1000 Hammel mehr auf den Markt gekommen, und da größerer Bedarf für Platz und außerhalb ganz fehlte, limitirten sich die Preise sehr gedrückt; für kahle Hammel ließen sich sehr schwer Käufer finden und der Markt wurde von der Waare nicht geräumt; für 50 Pfd. Fleischgewicht fetter schwerster Waare wurden 8 Rt. und für 40 Pfd. 6½ Rt. gewährt.

1076 Stück Kälber, für den Bedarf eine zu reichliche Zufuhr, so daß die Waare zu sehr mittelmäßigen Preisen verkauft werden mußte. (B. H. Z.)

Hamburg, 11. März. Der Ochsenhandel war flau, in Folge reichlicher Zufuhr; am Markt befanden sich 1410 Stück, wovon 360 Rest blieben. Preise waren gedrückt. Für England sind ca. 400 Stück gekauft.

Der Hammelhandel war viel schlechter; am Markt waren 5000 Stück, wovon reichlich 2600 Stück unverkauft blieben. (B. H. Z.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
12. März	Nachm. 2	27" 9''' 28	— 0°7	NNW 1	trübe. St.
12. "	Abnds. 10	27" 10''' 54	— 6°0	N 0-1	bewölkt. Cu.
13. "	Morg. 6	28" 0''' 19	—10°0	N 0-1	ganz heiter.

Berlin, 11. März. Barometer stark gefallen, in Schweden gestiegen, Kälte mäßiger.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. März 1867 Vormittags 8 Uhr 8 Fuß 5 Zoll.
" " 13. " " " " 8 " 2 "

Telegramme.

Berlin, 13. März. (Reichsrath.) Abg. Schaffrath spricht gegen den Verfassungsentwurf, welcher unannehmbar, weil er Süddeutschland nur auf internationalem Wege heranziehe und ein Bundesgerichtshof, eine verantwortliche Exekutive, ein konstitutioneller Reichstag fehle. Redner hofft jedoch auf Verständigung.

Bethusy-Huc für den Entwurf. Es sei nur Erreichbares anzustreben, eine Verständigung über das Budgetrecht werde erfolgen, sobald das Uebergangsstadium überwunden. Duncker (Berlin) gegen den Entwurf.

Graf Bismarck weist auf die Frankfurter und Erfurter Erfahrungen hin und konstatirt, er gehöre zu den Leuten, welche mit den Jahren etwas lernen. Betreffs des preußischen Budgetkonflikts scheine es fraglich, ob Preußen seine siegreiche Armee besessen, wenn nicht 1862 trotz Kammerbeschlusses sich Jemand gefunden, welcher die Regierung fortführt.

Newyork, 12. März. Der mexikanische Konsul in Francisko meldet, die Republikaner besetzten die Stadt Mexiko. Moniteur. Der an einer Beinkontusion leidende kaiserliche Prinz befindet sich erheblich besser, und man hofft auf baldige Wiederaufnahme seiner Uebungen. — Die „Italie" bestreitet das Projekt einer Heirath zwischen dem Fürsten Karl von Rumänien und der Prinzessin Margarethe von Savoyen.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 12. März 1867.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	100 bz	
Staats-Anl. 1859	5	104 bz	
do. 54, 55, 57	4½	100¼ bz	
do. 56	4½	100¼ bz	
do. 1859, 1864	4½	100¼ bz	
do. 50, 52 conv.	4	91⅞ bz	
do. 1853	4	91⅞ bz	
do. 1862	4	91⅞ bz	
Präm.St.Anl.1855	3½	121⅞ bz	
Staats-Schuldsch.	3½	84⅛ bz	
Kur-u.Neum.Schldv	3½	82¼ G	
Berl. Stadt-Obl.	5	104⅛ B	
do. do.	4½	99¼ G	
do. do.	3½	82¼ G	
Berl.Börsenh.-Obl.	5	101¼ G	
Pfandbriefe: Kur- u. Neu-	3½	79¼ bz	
Märkische	4	90⅛ B	
Ostpreußische	3½	78 G	
do.	4	86¼ G	4½%93⅞ [bz
Pommersche	3½	78⅛ B	
do. neue	4	89⅞ bz	
Posensche	4	— —	
do.	3½	— —	
do. neue	4	88⅞ bz	
Schlesische	3½	— —	
do. Litt. A.	4	— —	
Westpreußische	3½	76¼ bz	
do.	4	85¾ G	
do. neue	4	85¾ G	
do. do.	4½	94 G	
Rentenbriefe: Kur-u.Neumärk.	4	92 bz	
Pommersche	4	91⅞ bz	
Posensche	4	90¼ bz	
Preußische	4	91 G	
Rhein.-Westf.	4	96½ bz	
Sächsische	4	93 B	
Schlesische	4	93 bz	

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	48½ B
do. National-Anl.	5	56 bz
do. 250fl.Präm.Ob.	4	61¼ G
do. 100fl.Kred.Loose	—	70 bz
do.5prz.Loose(1860)	5	69½ bz
do. Pr.-Sch.v.1864	—	43 G
do. Slb.-Anl. 1864	5	61½ B
Italienische Anleihe	5	54¼ bz
Russische: 5. Stieglitz Anl.	5	62¼ G
6. do.	5	82¾ B
Englische Anl.	5	87⅛ G
N.Russ.Egl.Anl	3	53⅛ B
do. v. J. 1862	5	86⅛ bz
do. 1864	5	88⅛ etw bz
do. engl.	5	87⅛ G
do Pr.-Anl.1864	5	90¾ bz
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	63½ Kl bz u G
do. kl.	4	— —
Cert. A. 300 Fl.	5	91 G
Pfdbr. n. i. SR.	4	57¼ bz
Part. O. 500 Fl.	4	91½ etw bz
Amerik. Anleihe	6	78-77⅞ bz
Kurh. 40 Thlr.Loose	—	55½ B
NeueBad.35fl.Loose	—	30½ G
DessauerPräm.Anl.	3½	99 G
Lübecker Präm. Anl.	3½	49½ B

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	157 B
Berl. Handels-Ges.	4	107¾ etw bz
Braunschwg. Bank-	4	94 etw bz u G
Bremer do.	4	117 G
CoburgerKredit-do.	4	88½ G
Danzig. Priv.-Bk.	4	112 B
Darmstädter Kred.	4	82 bz
do. Zettel-Bank	4	96⅞ B
Dessauer Kredit-B.	0	2¾ bz
Dessauer Landesbk.	4	— —
Disk. Komm. Anth.	4	102⅞ bz
Genfer Kreditbank	4	28½ bz
Geraer Bank	4	105 B
Gothaer Privat do.	4	99¾ B
Hannoversche do.	4	82½ G
Königsb. Privatbk.	4	111 G
Leipziger Kreditbk.	4	83¾ bz u G
Luxemburger Bank	4	82 B
Magdeb. Privatbk.	4	94¼ G
MeiningerKreditbk.	4	95 Kl bz u G
Moldau. Land. Bk.	4	20½ B
Norddeutsche do.	4	119⅛ B
Oestr.Kredit- do.	5	74¼-73¾ bz
Pomm.Ritter- do.	4	93 B
Posener Prov. Bank	4	103¾ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	153¼ bz
Schles. Bankverein	4	115 G
Thüring. Bank	4	65 G
Vereinsbnk. Hamb.	4	110 B
Weimar. Bank.	4	92½ etw bz u G
Prß. Hypoth.-Vers.	4	108½ B
do. do. Certific.	4½	101¼ bz
do. do. (Henkel)	4½	— —
Henkelsche Cred. B.	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —	
do. II. Em.	4	— —	
do. III. Em.	4½	92¾ G	
Aachen-Mastricht	4½	— —	
do. II. Em.	5	— —	
Bergisch-Märkische	4½	— —	
do. II. Ser. (conv.)	4½	— —	
do. III. S. 3¼ (R.S.)	3½	78⅜ bz	
do. Lit. B.	3½	78⅜ bz	
do. IV. Ser.	4½	95 bz	
do. V. Ser.	4½	94 bz	VI [93½ B
do. Düsseld. Elberf.	4	— —	
do. II. Em.	4½	— —	
III. S. (Dm.-Soest	4	— —	
do. II. Ser.	4½	94½ B	
Berlin-Anhalt	4	— —	
do.	4½	— —	
do. Litt. B.	4	— —	
Berlin-Hamburg	4	91½ bz u G	
do. II. Em.	4	— —	
Berl. Potsd.Mg. A.	4	— —	
do. Litt. B.	4	— —	
do. Litt C.	4	87⅞ G	
Berlin-Stettin	4½	— —	
do. II. Em.	4	86⅜ B	
Berl.-Stet.III.Em.	4	85½ bz	
do.IV.S.v.St.gar.	4½	97½ B	
Bresl.-Schw.-Fr.	4½	— —	
Cöln-Crefeld	4½	— —	
Cöln-Minden	4½	99½ G	
do. II. Em.	5	102¼ G	
do.	4	87¾ B	
do. III. Em.	4	86 bz	
do.	4½	96 bz	
do. IV. Em.	4	85¼ B	
do. V. Em.	4	85⅛ G	
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	82 bz	
do. III. Em.	4½	— —	IV88B
do. 1865	4½	— —	
Magdeb. Halberst.	4½	96½ G	
Magdeb. Wittenb.	3	68 bz	
Mosco-Rjäsan S.g.	5	85½ bz	
Niederschles. Märk.	4	— —	
do. II. e.	4	89 bz	
do. conv.	4	90½ G	
do. conv. III. Ser.	4	— —	
do. IV. Ser.	4½	— —	
Niederschl. Zweigb.	5	100⅝ bz	
Nordb., Fried.Wilh.	4	— —	
Oberschles. Litt. A.	4	— —	
do. Litt. B.	3½	— —	
do. Litt. C.	4	— —	
do. Litt. D.	4	— —	
do. Litt. E.	3½	79½ G	
do. Litt. F.	4½	95 G	G — —
Oestr. Französ. St.	3	245½ bz u G	neue
Oestr.südl.Staatsb.	3	229 bz	[232 bz
Pr. Wilh. I. Ser.	5	— —	
do. II. Ser.	5	— —	
do. III. Ser.	5	— —	
Rheinische Pr. Obl.	4	— —	
do. v. Staat garant.	3½	— —	
do. Prior. Obl.	4½	94 B	
do. 1862	4½	93¾ bz	
do. v. Staat garant	4½	98 G	
Rhein-Nahe v.St g.	4½	95 bz	
do II. Em.	4½	95 bz	
Ruhrort-Crefeld	4½	— —	
do. II. Ser.	4	— —	
do. III. Ser.	4½	— —	
do II. Em.	4½	— —	
Starg.-Pos. II. Em.	4½	— —	
do. III. Em.	4½	— —	
Thüringer	4	90¾ B	
do. II. Ser.	4½	— —	
do. III. Ser.	4	— —	
do. IV. Ser	4½	— —	

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	3½	33½ bz	
Altona-Kieler	4	132 B	
Amsterd. Rotterd.	4	100 bz	
Berg. Märk. Lt. A.	4	150¼ bz	
Berlin-Anhalt	4	220 bz	
Berlin-Hamburg	4	156½ G	
Berl. Potsd. Magd.	4	207¼ bz	
Berlin-Stettin	4	138⅜ bz	
Berlin-Görlitz	4	65 bz u B	
do. Stamm-Prior.	5	96¾ bz	
Böhm. Westbahn	5	62 G	
Bresl. Schw. Freib.	4	133¼ bz	
Brieg-Neiße	4	101½ B	
Cöln-Minden	4	143¾ bz	
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	55½ bz	
do. Stamm-Pr.	4½	— —	
do. do.	5	— —	
Gal. C.-Ludwg.	5	87¾ bz	
Ludwigshaf.-Bexb.	4	149 bz	
Magdeb. Halberst.	4	205 bz	
Magdeb. Leipzig	4	255 B	B 89½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	— —	
Mainz-Ludwigsh.	4	130 bz	
Mecklenburger	4	78 bz	
Münster-Hammer	4	92 bz	
Niederschles. Märk.	4	91⅜ bz	
Niederschl. Zweigb.	4	94¼ bz	
Nordb., Frd. Wilh.	4	81⅛ bz	
Oberschl.Lt.A.u.C.	3½	188¾ bz	
do. Lt. B.	5	161 bz	
Oest. Franz. Staat.	5	111¼ bz u B	
Oest. sdl.StB(Lom)	5	111¼ bz	
Oppeln-Tarnowitz	5	74 G	
Rheinische	4	117¾ bz	
do. Stamm-Pr.	4	— —	
Rhein-Nahebahn	4	33 bz	
Ruhrort-Crefeld	3½	— —	
Russ. Eisenbahnen	5	78½ bz	
Stargard-Posen	4½	95 G	
Thüringer	4	135 B	

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ B
Gold-Kronen	—	9. 8½ G
Louisd'or	—	111¼ B
Sovereigns	—	6. 23 G
Napoleonsd'or	—	5. 12¼ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	464 bz
Dollars	—	1 12⅝ bz
Silber pr. Z. Pfd. f.	—	— —
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅞ G
Fremde Noten	—	99⅝ bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99⅞ G
Oestr. Banknoten	—	79¾ bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Russische do.	—	81¼ bz u G

Industrie-Aktien.

Dess. Kont. Gas-A.	5	154½ etw bz u B
Berl. Eisenb. Fab.	5	118½ bz
Hörder Hüttenv. A.	5	111½ B
Minerva, Brgw. A.	5	37½ B
Neustädt. Hüttenv.	4	— —
Concordia in Köln	4	385 G

Wechsel-Kurse vom 12. März.

Amstrd. 250fl. 10T.	3½	143⅜ bz
do. 2M.	3½	142⅞ bz
Hamb. 300Mk. 8T.	3	151⅝ bz
do. do. 2M.	3	151¼ bz
London 1 Lstr. 3M.	3	6 23¼ bz
Paris 300 Fr. 2M.	3	80 11/12 bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	79⅞ bz
do. do. 2M.	4	79 bz
Augsb. 100 fl. 2M.	4	56 24 bz
Frankf. 100fl. 2 M.	3½	56 24 bz
Leipzig 100 Tlr. 8T.	5	99⅝ G
do. do. 2M.	5	99 5/12 G
Petersb. 100R. 3W.	7	89¾ bz
do. do. 3M.	7	88⅛ bz
Brem. 100 Tlr. 8T.	3½	110⅜ bz
Warschau 90R. 8T.	6	81 bz

Die Börse war auch heut noch ganz geschäftslos, die Haltung etwas matter. Oestreichische Sachen ziemlich fest, auch Amerikaner und Italiener fest, letztere ziemlich belebt; Russen matt; Eisenbahnen still und wenig verändert, Halberstädter, Potsdamer und Stettiner steigend, Mecklenburger, Rotterdamer, Thüringer, Bergisch-Märkische, Galizier billiger; preußische Fonds wenig belebt, Wechsel behauptet bei geringem Verkehr. — Rumänier 68¼ bz. Oestr. Franz. Staatsbahn (Prior.) neue 232 bz. Oestreichische Kredit 74¼ a 73¾ gem. Russische Präm.-Anleihe von 1866 88 a 87½ gem. Amerikaner 78 a 77⅞ gem.

Breslau, 12. März. Bessere Nachrichten aus Newyork, sowie der gouvernementale Ausfall der italienischen Abgeordneten-Wahlen und die aus Paris berichtete Steigerung der italienischen Rente, riefen an hiesiger Börse eine günstige Stimmung für amerikanische Anleihe und italienische Rente hervor, welche in großen Beträgen zu höheren Kursen umgesetzt wurden. Diese Haltung theilte sich mehr oder weniger fast allen Spekulationspapieren mit, welche heute fast ohne Ausnahme besser bezahlt worden sind. Von Eisenbahnaktien zeigte sich für Oberschlesische, Oderberger und Warschau-Wiener einiger Begehr; während Freiburger vernachlässigt waren. Oestreichische Papiere ohne Anregung und nur Kreditaktien etwas angenehmer. Oestr. Banknoten zu gestrigem Kurse begehrt. Preußische Fonds in geringem Verkehr, jedoch fest und unverändert.

Schlußkurse. Oestr. Kredit-Bankaktien 74 G. Oestr. Loose 1860 —. do. 1864 43¼ B. Reichenbach-Pardub. Pr. 72¼ B. Bayrische Anleihe 99¾ G. Amerikaner 77⅞ bz u G. Schles. Bankverein 115 G. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 138 bz u G. do. Prior.-Oblig. 88¾ B. do. do. Lit. D. 95¾ B. do. do. Lit E. 95¾ B. Köln-Mindener Prior. 4. Em. —. Neisse-Brieger —. Oberschl. Lit. A. & C. 188½ 88 bz u G. do. Lit. B. 160½ bz. do. Prior.-Oblig. 88½ bz. do. do. 95½ B. do. do. Lit. E. 79½ G. do. Lit. G. 95⅝ B. Oppeln-Tarnowitz 74¼ bz. Kosel-Oderberg 56 bz u B. Diskonto Komm.-Anl. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 12. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Oestreichische Effekten flau.

Schlußkurse. Preußische Kassenscheine 105. Berliner Wechsel 104⅞. Hamburger Wechsel 88⅞. Londoner Wechsel 119⅞. Pariser Wechsel 94⅞. Wiener Wechsel 92¾. Finnländische Anleihe 85. Neue Finnl. 4½ % Pfandbriefe —. 6 % Verein. St.-Anl. pro 1882 77⅛. Oestr. Bankantheile 684. Oestr. Kreditaktien 171½. Darmstädter Bankaktien 210 B. Meininger Kreditaktien —. Oestr.-franz. Staatsbahn-Aktien —. Oestr. Elisabethbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 157. Hessische Ludwigsbahn 134¼. Darmstädter Zettelbank 246½. Oestr. 5 % steuerfr. Anl. —. 1854er Loose —. 1860er Loose 69¼. 1864er Loose 75. Badische Loose 53½ B. Kurhessische Loose 55½. 5 % östr. Anleihe von 1859 62⅞. Oestr. National-Anlehen 54¼. 5 % Metalliques —. 4½ % Metalliques 40½ B. Bayerische Prämien-Anleihe 99⅜.

Hamburg, 12. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Fonds ruhig, Valuten sehr fest. Hamburger Staats-Prämienanleihe 90¼.

Schlußkurse. National-Anleihe 55½. Oestreich. Kreditaktien 73½. Oestr. 1860er Loose 68⅞. Mexikaner —. Vereinsbank 109½. Nordd. Bank 120⅞. Rheinische Bahn 116½. Nordbahn 80⅞. Altona-Kiel 130¼. Finnländische Anleihe 81⅞. 1864er russ. Prämien-Anleihe 85¾. 1866er russ. Prämien-Anleihe 83⅞. 6 % Verein. St.-Anl. pro 1882 70⅛. Diskonto 1¾ %.

London lang 13 Mk. 6⅛ Sh., 13 Mk. 6 Sh. bz. London kurz 13 Mk. 7¼ Sh., 13 Mk. 7⅛ Sh. bz Amsterdam 35, 47 not., 35, 50 bz. Wien 97¼ not., 96¾ bz. Paris 188¼ not., 188⅝ bz. Petersburg 27⅞ not 28 bz.

Wien, 12. März. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Sehr flau.

Neues 5 % steuerfr. Anlehen 62, 25. 5 % Metalliques 60, 40. 1854er Loose 77, 50. Bankaktien 737, 00 Nordbahn 163, 50. National-Anlehen 70, 25. Kreditaktien 185, 30. St.-Eisenb.-Aktien-Cert. 210, 20. Galizier 220, 75. Czernowitzer 183, 50. London 128, 10. Hamburg 95, 30. Paris 51, 00. Frankfurt 107, 00. Amsterdam —, —. Böhmische Westbahn 156, 00. Kreditloose 130, 00. 1860er Loose 87, 40. Lombard. Eisenbahn 209, 75. 1864er Loose 80, 40. Silber-Anleihe 77, 75. Anglo-Austrian B. 92, 50. Napoleonsd'or 10, 26. Dukaten 604. Silberkupons 126, 00.

Wien, 12. März. [Abendbörse.] Schwankend. Kreditaktien 185, 50, Nordbahn 163, 50, 1860er Loose 87, 40, 1864er Loose 80, 00, Staatsbahn 209, 90, Galizier 220, 50.

London, 12. März, Nachmittags 4 Uhr. Wetter kalt.

Konsols 91¼. 1 % Spanier 31¼. Sardinier 73½. Italien. 5 % Rente 53⅞. Lombarden 16⅞. Mexikaner 17⅞. 5 % Russen 87¼. Neue Russen 88¼. Silber 60¾. Türk. Anleihe 1865 30. 6 % Ver. St. pr. 1882 74½. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8⅛ Sch. Wien 13 Fl. — Kr.

Paris, 12. März, Nachmittags 3 Uhr. Die Haltung der Börse blieb träge. Die 3 % schloß zu 70, 00. Konsols von Mittags 1 Uhr waren 91⅜ gemeldet.

An der Börse ging das Gerücht, Holland wolle Luxemburg gegen eine Geldentschädigung an Frankreich abtreten.

Schlußkurse. 3 % Rente 70, 00. Ital. 5 % Rente 54, 25. 3 % Spanier —. 1 % Spanier —. Oestr. Staatseisenbahn-Aktien 413, 75. Kredit-Mobilier-Aktien 503, 75. Lomb. Eisenbahn-Aktien 420, 00. Oestr. Anl. de 1865 332, 50. p. cpt. 6 % Ver. St. pr. 1882 (ungestempelt) 84.

Amsterdam, 12. März, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten. Stimmung flau. Die Niederländische Bank hat den Diskont auf 3 Proc. herabgesetzt.

5 % Metalliques Lit. B. 65⅞. 5 % Metalliques 45⅞. 2½ % Metalliques 22¾. Oestr. National-Anleihe 51½. Oestr. 1860er Loose 412. Oestr. 1864er Loose 74½. Silberanleihe 56⅞. 5 % östr. steuerfr. Anl. 45⅞. Russisch-engl. Anl. von 1862 84⅞. Russisch-engl. Anl. von 1866 —. 5 % Russen V. Stieglitz 58⅞. 5 % Russen VI. Stieglitz —. 5 % Russen de 1864 87½. Russ. Prämien-Anl. von 1864 172. Russ. Prämien-Anl. von 1866 172¾. Russische Eisenbahn 184⅞. 6 % Verein. St. pro 1882 76¼.

Londoner Wechsel, kurz 11, 82½.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.